

2002

Die soziale Lage in der Europäischen Union

- Kurzfassung -



Die soziale Lage in der Europäischen Union 2002

- Kurzfassung -

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	5
I Die wichtigsten sozialen Entwicklungen	7
1.1 Bevölkerungsdynamik	7
1.2 Einige Aspekte der Lebensbedingungen	7
II Trends bei den Ausgaben für Sozialschutz und Wohlfahrt	10
III Die Herausforderungen von Mobilität und Wanderungsbewegungen	12
3.1 Die Mobilität der EU-Bürger	12
3.2 Zuwanderung aus Drittländern	14
Anhang	17
Statistische Profile	18
Überalterung der Bevölkerung	18
Wanderungsbewegungen und Asylanträge	18
Bildungsabschlüsse	19
Lebenslanges Lernen	19
Beschäftigung	20
Beschäftigung älterer Arbeitnehmer	20
Arbeitslosigkeit	21
Jugendarbeitslosigkeit	21
Langzeitarbeitslosigkeit	22
Sozialschutzausgaben	22
Altersversorgung	23
Einkommensverteilung und regionaler Zusammenhalt	23
Haushalte mit niedrigem Einkommen	24
Haushalte ohne Erwerbstätige und niedriges Arbeitsentgelt	24
Frauen in Entscheidungspositionen	25
Beschäftigungssituation von Frauen	25
Arbeitseinkommen von Männern und Frauen	26
Lebenserwartung und Gesundheitsaussichten	26
Unfälle und arbeitsbedingte gesundheitliche Probleme	27
Soziale Schlüsselindikatoren je Mitgliedstaat	29
Eurostat Dashops	31

Einleitung

Seit dem Gipfel von Lissabon wurde die Sozialpolitik und ihr Zusammenspiel mit den beschäftigungs- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen in der Strategiedebatte der EU zu einem Hauptthema. Angesichts der Europäischen Sozialagenda und der neuen Prozesse der sozialen Eingliederung und der Rentenumstrukturierung gewinnt die regelmäßige Beobachtung der sozialen Lage in Europa, die diese Veröffentlichung bietet, neu an Bedeutung.

Demografische und soziale Trends, die Globalisierung, die Veränderungen im Bereich der Information und Kommunikation sowie die daraus erwachsende neue Ökonomie sind die Hauptantriebskräfte, die uns vor neue Herausforderungen und Möglichkeiten stellen. Das Ziel dieses Berichts ist die Betrachtung der sich hieraus ergebenden sozialen Entwicklungen und die Kennzeichnung einiger Auswirkungen auf die politischen Kernbereiche. Durch die Entwicklung der

Fähigkeiten zur sachgerechteren Vorhersage und Handhabung des Wandels können sowohl die Wirtschaft als auch die Gesellschaft auf diese Herausforderungen reagieren.

Diese Veröffentlichung bietet eine kurze Zusammenfassung des Hauptberichts. Er ist in drei Kapitel unterteilt. Das erste Kapitel gibt einen Überblick über die sozialen Haupttrends und wird von den neuesten Daten und Zahlen auf europäischer Ebene gestützt. Das zweite Kapitel beinhaltet eine Kurzanalyse der Trends bei den Ausgaben für Sozialschutz im letzten Jahrzehnt. Das dritte Kapitel geht genauer auf das Sonderthema dieses Jahres, die geografische Mobilität, ein, und insbesondere darauf wie verschiedene Mobilitätsarten vom Pendeln bis zur Zuwanderung mit dem sozialen Gefüge der europäischen Gesellschaft interagieren.

1 Die wichtigsten sozialen Entwicklungen

1.1 Bevölkerungsdynamik

Die Bevölkerungsentwicklungen sind ein guter Ausgangspunkt für ein Porträt der sozialen Lage.

Europäer leben länger... Die Lebenserwartung bei der Geburt und im Rentenalter wird voraussichtlich weiter steigen.

...aber die Fruchtbarkeitsziffern bleiben niedrig... Auch wenn die Fruchtbarkeit nicht in dem Maße fiel wie noch vor einigen Jahren, so bleiben die Fruchtbarkeitsziffern sehr niedrig, und es gibt keine Anzeichen dafür, dass sie in naher Zukunft steigen werden.

Infolgedessen überaltert die EU-Bevölkerung... Da die Zahl der jungen Neuankömmlinge sinkt und größere Altersgruppen volljährig werden, ergraut auch die Erwerbsbevölkerung. Wenn die Babyboomer ab 2010 anfangen, in den Ruhestand zu treten, wird die Erwerbsbevölkerung wahrscheinlich weiter schrumpfen und die Abhängigkeitsrate der älteren Bevölkerung abrupt ansteigen. Heute stellen die älteren Menschen 16% der Gesamtbevölkerung, was etwa 1/4 der Gruppe, die als Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter bezeichnet wird (15-64 Jahre), entspricht. Bis zum Jahr 2010 wird mit einem Anstieg dieser Quote auf 27% gerechnet. In den nächsten 15 Jahren wird der Anteil der "sehr Alten" (80 Jahre und darüber) um fast 50% zunehmen.

Die Gesamtgröße und das Wachstum der EU-Bevölkerung ändern sich. Nach Jahrhunderten kontinuierlicher Expansion ist nun *das Ende des europäischen Bevölkerungswachstums in Sicht*. Die meisten EU-Regionen werden wahrscheinlich noch vor 2015 eine Stagnation oder einen Rückgang ihrer Bevölkerungen erleben. Es wird jedoch große Unterschiede bezüglich des Zeitraums und des Ausmaßes dieses Prozesses zwischen den Ländern geben.

Während die internen Triebkräfte des Bevölkerungswachstums an Energie verlieren, hat die *internationale Wanderung schnell als Faktor für das Bevölkerungswachstum an Bedeutung gewonnen* - in den letzten fünf Jahren machte sie 70% der Zunahme der EU-Bevölkerung aus. Dieses Phänomen sticht besonders im Hinblick auf eine überalternde und schrumpfende Erwerbsbevölkerung hervor.

Währenddessen werden die Haushalte kleiner... Im Hinblick auf den Wandel bei den Haushalten und den Familienmustern sind drei Trends erwähnenswert. Der Anteil der aus zwei oder mehr Erwachsenen mit abhängigen Kindern bestehenden Haushalte sinkt allmählich: von 52 % im Jahr 1988 auf 46 % im Jahr 2000. Die Zahl der allein lebenden Menschen nimmt zu, und die Durchschnittsgröße der Haushalte wird kleiner. Auch wenn der Anteil der abhängigen Kinder in Familien mit alleinerziehenden Eltern (hauptsächlich Mütter) weiterhin verhältnismäßig klein bleibt, stieg er in den letzten 15 Jahren erheblich an - 13 % in 1998 im Vergleich zu 8 % im Jahr 1983. Die erste Phase des Zusammenlebens nimmt zunehmend die Form des Zusammenwohnens an, da junge Menschen dazu neigen, die Heirat bis zu dem Zeitpunkt hinauszuzögern, bis sie Kinder

haben wollen oder sich sicher fühlen, dass die Beziehung halten wird. In 2001 lebten 33 % der als Paar zusammenlebenden jungen Menschen (unter 30 Jahre alt) in einer gemeinsamen Wohnung.

Obwohl diese Trends in der ganzen Union zu beobachten sind, ist das Ausmaß, das sie annehmen können, zwischen den Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich.

1.2 Einige Aspekte der Lebensbedingungen

In den letzten Jahren profitierten die Lebensbedingungen der meisten EU-Bürger von einem starken und nachhaltigen Wirtschaftswachstum und von Verbesserungen in der Beschäftigungssituation. Im Jahr 2000 hatten etwa 166 Millionen Menschen in der Union eine Beschäftigung, ein Zuwachs von 10 Millionen Menschen seit 1995, was einer Beschäftigungsquote von 63,3 % entspricht. Frauen hatten den Hauptanteil am Beschäftigungswachstum. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen in der EU-15 fiel auf etwa 14 Millionen oder 8,2 % der Erwerbstätigen, die niedrigste Arbeitslosenquote seit 1992. Trotz dieser günstigen Entwicklungen bleibt die Arbeitslosigkeit zu hoch. Die Gefahr von Armut und sozialer Ausgrenzung bleibt für einen beträchtlichen Teil der EU-Bevölkerung bestehen. Darüberhinaus stellen die jüngsten, weniger vorteilhaften wirtschaftlichen Entwicklungen, weitere Herausforderungen in diesem Bereich.

Ein kurzer Blick auf drei Schlüsselaspekte der Lebensbedingungen - Gesundheit, Einkommen und Erziehung - , die für die Qualität des täglichen Lebens der Bürger eine wichtige Rolle spielen, offenbart, dass:

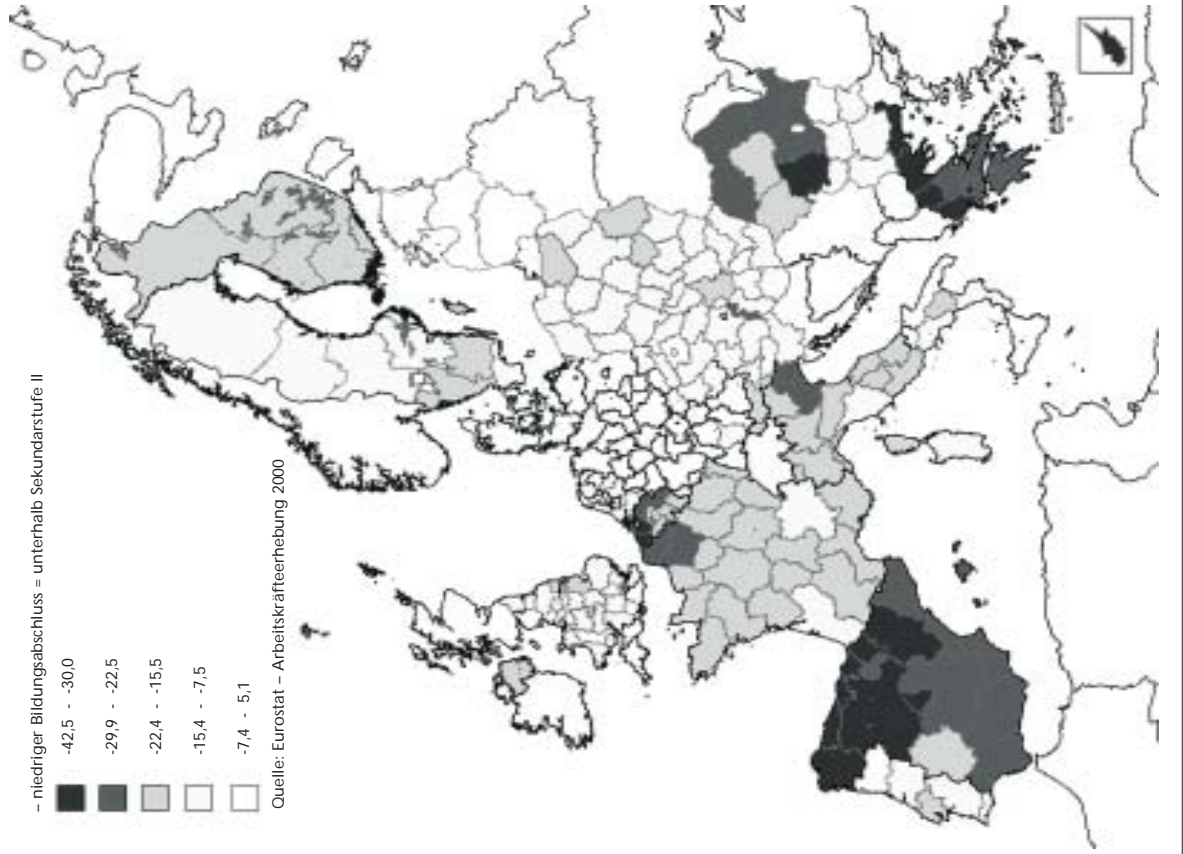
die Gesundheit allgemein besser wird, aber große soziale Unterschiede beim Gesundheitszustand bestehen

Die Europäer sehen ihre Gesundheit als wesentlichen Faktor für ihre Lebensqualität an (siehe „Die soziale Lage in der Europäischen Union 2001“). Untersuchungen über die sozialen Determinanten der Gesundheit zeigen, dass Bildung, Einkommen, eine gute Beschäftigung und eine angemessene Wohnung positiv mit einer guten Gesundheit korrelieren. Eine Reihe von Untersuchungen weisen auf große Unterschiede beim Gesundheitszustand zwischen den sozialen Gruppen und auf eine sich vergrößernde Kluft zwischen den reicheren und ärmeren Mitgliedern der Gesellschaft¹ hin.

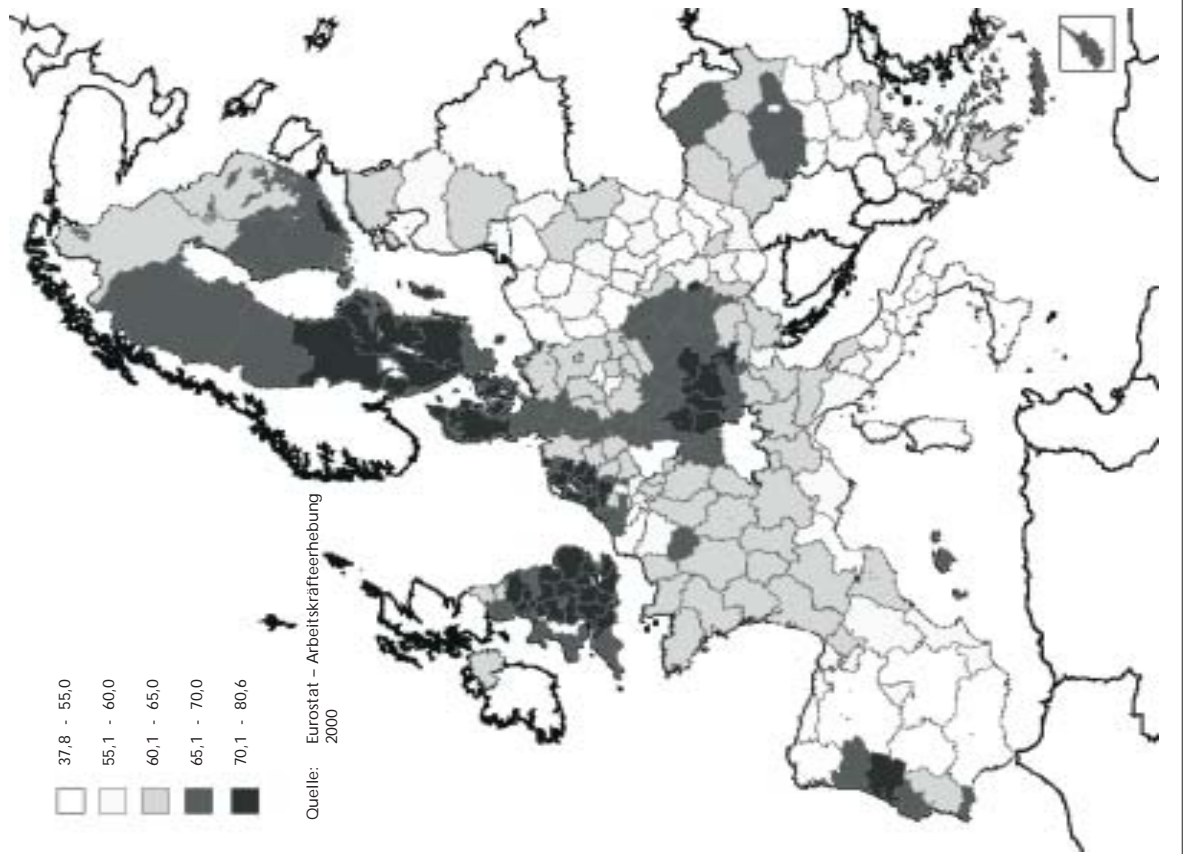
EU-weit halten etwa 10 % der Erwachsenen (16 Jahre alt und darüber) ihre Gesundheit für ‚schlecht‘ oder ‚sehr schlecht‘. 68% schätzen ihre Gesundheit als ‚gut‘ oder ‚sehr gut‘ ein, während 22 % sie als ‚recht gut‘ beschreiben. Der Anteil der Personen der Kategorie ‚(sehr) schlecht‘ steigt mit dem Alter an: derart beschreibt fast einer von vier alten Menschen seinen Gesundheitszustand. In allen Altersstufen schätzen Frauen ihre Gesundheit eher als ‚(sehr) schlecht‘ ein als Männer. Auch Menschen im niedrigsten Einkommensquintil berichten wesentlich häufiger von ihrem schlechten oder sehr schlechten Gesundheitszustand (13 %) als diejenigen im höchsten (5 %).

1 Siehe beispielsweise OECD, *Regards sur la Santé*, 2001. *Preparing for an aging world: the case for cross national research*, NAS, 2001. WHO-Weltgesundheitsbericht 2000.

Bildungsfortschritt: Rückgang im Anteil niedriger Bildungsgrade (Unterschied zwischen den Anteilen niedriger Bildungsabschlüsse in den Altersgruppen von 25-34 und von 45-54 Jahren), Jahr 2000



Beschäftigungsquote (Altersgruppe 15-64 Jahre) - Jahr 2000



Für Männer wie für Frauen sind Kreislauferkrankungen die häufigste Todesursache in der Union (außer Frankreich). Äußere Ursachen wie Unfälle und Vergiftungen überwiegen bei den jungen Menschen (im Alter von 15-34 Jahren), machen aber nur einen geringen Anteil bei denjenigen aus, die 55 Jahre und älter sind. Krebs bildet die häufigste Todesursache bei den 45-64-Jährigen. Bei den 75-Jährigen und Älteren zählen Kreislauferkrankungen zu etwa der Hälfte zu den Todesursachen.

Bildung: Zugang und Abschlüsse werden besser, aber nicht für alle

Die Bildungsabschlüsse haben sich über die letzten 30 Jahre deutlich verbessert, insbesondere unter den Frauen. Heute haben mehr als 76 % der 25- bis 29-Jährigen einen Abschluss der Sekundarstufe II. Die Verbesserung des Bildungsniveaus ist eine der größten Errungenschaften der letzten Jahrzehnte. Im Jahr 2000 war einer von fünf in der Altersgruppe von 45-54 Jahren und einer von vier in der Altersgruppe von 25-34 Jahren Hochschulabsolvent. Allerdings verlassen immer noch 20 % der Personen von 18-24 Jahren das Bildungssystem bestenfalls mit einem Abschluss der Sekundarstufe I.

In der ganzen Union ist das Bildungsniveau der Erwachsenen um so besser, je mehr Ausbildungsangebote es für sie gibt. EU-weit nahmen im Jahr 2000 (zu irgendeinem Zeitpunkt innerhalb der letzten 4 Wochen) 8% der 25-64-Jährigen an Bildungs-/Ausbildungsmaßnahmen teil. Derartige Ausbildungsaktivitäten sind in den nordischen Ländern, den Niederlanden und im Vereinigten Königreich weiter verbreitet. Ältere Menschen haben weit weniger Zugang zu Ausbildungsmöglichkeiten als jüngere Menschen. Frauen sind bei den Ausbildungsaktivitäten in den nördlichen Mitgliedstaaten weiter besser repräsentiert als in den südlichen Mitgliedstaaten.

Beschäftigungsaussichten in den Regionen: Bildung spielt hier eine Schlüsselrolle

Von 1996-2000 stieg in den Regionen die Beschäftigung für Arbeitskräfte mit Abitur und Hochschulbildung stark an, während sie für niedrigere Bildungsgrade fiel. In verschiedenen Regionen gibt es eine Reihe von Entwicklungsmöglichkeiten, die von der derzeitigen Beschäftigungsquote und den Fortschritten bei den Bildungsabschlüssen abhängen. Karte 1 und 2 auf der folgenden Seite zeigen, dass beispielsweise einige Regionen in Nordspanien mit einer relativ niedrigen Beschäftigungsquote große Fortschritte beim Bildungsniveau gemacht haben. Daher gibt es in Spanien viel Spielraum, die Beschäftigungsquote insgesamt zu erhöhen und bessere Arbeitsplätze für qualifiziertere Arbeitskräfte anzubieten. Am anderen Ende der Skala verfügt Dänemark über eine sehr hohe Beschäftigungsquote und bereits über einen günstigen Bildungsmix der Bevölkerung, und daher über einen geringeren Spielraum für das Beschäftigungswachstum.

Einkommensverteilung: Die Situation von Haushalten mit niedrigem Einkommen bleibt unverändert

1998 lag der Medianwert des Äquivalenz-Nettojahreseinkommens bei etwa 11.700 KKS (EU-15: gewichtetes arithmetisches Mittel). In den meisten Mitgliedstaaten ist nahezu 70% des Einkommens Arbeitseinkommen, etwa 25-30 % stammt aus Renten und anderen Sozialleistungen und der übrige Teil aus Kapital und anderen privaten Quellen.

Obwohl Sozialleistungen keinen großen Anteil am Einkommen haben, kommen 73 % der EU-Bürger direkt oder indirekt durch andere Haushaltsmitglieder in den Genuss solcher Transferleistungen.

Im Jahr 1998 hatten auf EU-Ebene die 20 % der Bevölkerung mit dem niedrigsten Einkommen 8 % des Gesamteinkommens, während die 20 % der Bevölkerung mit dem höchsten Einkommen über 39 % des Gesamteinkommens verfügten, d.h. 5,4 mal so viel. Die Mitgliedstaaten mit niedrigeren Durchschnittseinkommen neigen zu größerer Ungleichheit. Die Kluft zwischen den wohlhabendsten und ärmsten Personen ist in Dänemark (2,7), Finnland (3,0) und in Schweden (3,4) am geringsten, aber in den südlichen Mitgliedstaaten, in Belgien, im Vereinigten Königreich und in Irland am größten.

1998 waren etwa 18 % der EU-Bürger oder 68 Millionen Menschen von Armut bedroht, d.h. sie hatten ein Äquivalenzeinkommen von weniger als 60 % ihres jeweiligen nationalen Medianwerts. Etwa die Hälfte dieser Menschen waren für mindestens drei aufeinander folgende Jahre in dieser Situation gewesen. Bestimmte Haushalte sind überdurchschnittlich von Armut bedroht: Alleinerziehende mit abhängigen Kindern, junge Alleinlebende, ältere Alleinlebende und alleinlebende Frauen.

Eine wichtige Ursache für Armut und soziale Ausgrenzung ist die Arbeitslosigkeit oder eine Niedriglohnbeschäftigung. 1998 lag das Armutsrisiko für Personen in Haushalten, in denen keine Personen im erwerbsfähigen Alter einen Arbeitsplatz hatten, bei 51% - etwa 2,3 mal höher, als wenn wenigstens eine Person arbeitete.

2 Trends bei den Ausgaben für Sozialschutz und Wohlfahrt

Der Sozialschutz ist ein Eckpfeiler der EU-Politiken für die Armutsbekämpfung und die Stärkung des sozialen Zusammenhalts. Darüber hinaus haben die jüngsten europäischen Gipfeltreffen unterstrichen, dass der Sozialschutz ein integraler Bestandteil der wirtschaftlichen Entwicklung in der EU ist. Dieses Kapitel verbindet die Untersuchung der Ausgabenentwicklung für den Sozialschutz mit einer Analyse der Umverteilungsauswirkungen von Sozialtransfers und einer Studie über die Häufigkeit und Höhe von Sozialtransfers auf Haushaltsebene².

Der Sozialschutz hat erhebliche Auswirkungen auf die soziale Lage

Die Sozialschutzsysteme in der Europäischen Union bringen hohe Ausgaben mit sich. 1998 beliefen sich die Gesamtausgaben für Sozialschutz in der EU auf 27,7 % des BIP. Die europäischen Sozialschutzsysteme verbinden Elemente der Sozialversicherung (Umverteilung in verschiedenen Lebensabschnitten) mit Umverteilungselementen (Umverteilung zwischen Einkommensgruppen), und sie haben bedeutende Auswirkungen auf die Lebensbedingungen der Mehrheit der EU-Bürger. Die Unterschiede bei den Steuer-/Sozialleistungssystemen und den entsprechenden Politiken unter den Mitgliedstaaten beeinflussen die Größe und das Wesen dieser Auswirkungen.

Die *Mehrheit der Menschen* in der Union leben in einem Haushalt, der wenigstens eine *Art von Sozialleistung bezieht*³. In Griechenland, Italien und Spanien reicht der Anteil von 50% bis 60 %, aber in der übrigen EU beträgt der Anteil der Personen, die in solchen Haushalten leben, zwischen 80 % und 95 %.

Durch die Sozialleistungen verringert sich der Anteil der von Armut bedrohten Personen in allen Mitgliedstaaten, wenn auch in unterschiedlichem Maße: Der Rückgang reicht von 5-15% in Griechenland und Italien bis zu über 70 % in Finnland, bei einem EU-Durchschnitt von 31 %.

Unterschiede bei den Sozialschutzausgaben zwischen den Mitgliedstaaten

Die Zahl der Bruttosozialschutzausgaben in der EU für 1998 entspricht einer Zahlung pro-Kopf der Bevölkerung von etwa 5.600 Ecu (Ecu wurde 1999 in EURO umgewandelt). Berücksichtigt man die unterschiedlichen Preisniveaus zwischen den Ländern – misst man also die Zahlungen in Kaufkraftstandards (KKS) – dann variierten die Ausgaben von 8.600 KKS pro Kopf in Luxemburg und 7.100 KKS in Dänemark bis zu 3.100 KKS pro Kopf in Griechenland und Portugal. Der EU-Durchschnitt lag bei etwa 5.500 KKS pro Kopf.

So sind die in KKS pro Kopf gemessenen Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten immer noch sehr groß. Wie der letztjährige Bericht⁴ zeigt, gibt es einen recht engen Zusammenhang zwischen den Ausgaben für den Sozialschutz und dem Pro-Kopf-BIP. Man sollte allerdings daran denken, dass die Unterschiede bei den Sozialschutzausgaben nicht zwangsläufig die wirklichen Niveauunterschiede in der

Förderung des Wohlergehens der Bürger oder der Entwicklung einer effizienten Wirtschaft angeben. Ausschlaggebend ist die Aufteilung in aktive bzw. passive Maßnahmen und die Wirkung von Leistungen (z.B. Nettowert und Kosten-Nutzen-Verhältnis). Darüber hinaus geben die Bruttoausgaben möglicherweise ein verzerrtes Bild dessen, was wirklich passiert.

Brutto- gegen Nettoausgaben

Tatsächlich können die Bruttoausgaben die wirklichen Geldbewegungen nur ungenau wiedergeben. Bruttoangaben berücksichtigen keine Steuern und Soziallasten, die auf Leistungen erhoben werden können, und sie schließen so genannte Steuerausgaben aus, also Transfers, die eher durch Steuervergünstigungen oder Vergütungen als durch Bargeldauslagen geleistet werden.

Daten der EU-15 über die Nettosozialausgaben sind noch nicht verfügbar. Für 1995 nahm jedoch die OECD⁵ Schätzungen über den Umfang der auf die Sozialleistungen erhobenen Steuern und Soziallasten für einige Länder in der EU vor. Wenn man auf die Netto- statt auf die Bruttoausgaben schaut, gibt es weniger Abweichungen zwischen den Mitgliedstaaten als bei den Bruttoangaben und eine andere Reihenfolge der Länder bei den Ausgaben bezogen auf das BIP. Es ist besonders hervorzuheben, dass die Ausgaben in Schweden im gleichen Maße reduziert sind wie in Deutschland (etwa 28,5 % des BIP) und dass die Ausgaben in Dänemark und den Niederlanden unterhalb des Niveaus des Vereinigten Königreichs und Belgiens liegen.

Wenn wir einen Schritt weiter gehen und die ECHP-Daten für die Betrachtung der Kosten des Sozialschutzes, berechnet als Nettosozialleistungen in KKS pro Haushaltsmitglied, heranziehen, ist die Reihenfolge der Mitgliedstaaten nach der Ausgabenhöhe wieder eine andere. In diesem Fall sind es plötzlich Belgien und Finnland, die den höchsten Betrag an Sozialschutz ausgeben. Es wird deutlich, dass man vorsichtig sein muss, die Mitgliedstaaten nach der Höhe ihrer Sozialschutzausgaben einzustufen, und noch vorsichtiger bei der Ableitung der entsprechenden Auswirkungen auf die Bürger und die Wirtschaft allein aus den Ausgabendaten.

Allerdings werden sich die Berichte über die Ausgabenentwicklungen solange auf die Zahlen für die Bruttoausgaben stützen, bis die Daten für die Nettoausgaben der EU-15 zur Verfügung stehen.

Veränderungen bei den Bruttosozialausgaben 1990-98

Die Bewegungen in den letzten zehn Jahre bei den Bruttoausgaben für Sozialschutz als Anteil am BIP spiegeln zyklische Entwicklungen wider und zeigen bei einigen Mitgliedstaaten einen Aufholeffekt.

Die Gesamtausgaben für Sozialschutz in der Union stiegen zwischen dem Ende der Rezession von 1994 und 1998 weniger als das BIP, wenn die wirtschaftliche Erholung auf einem guten Wege war.

2 Hauptquelle sind die von Eurostat zusammengestellten Daten des Europäischen Systems der integrierten Sozialschutzstatistik (ESSOSS).

3 Europäisches Haushaltspanel 1997.

4 Die soziale Lage in der Europäischen Union, Abschnitt 2, Ss. 50-54.

5 Willem Adema, *Net social expenditure, Labour Market and Social Policy Occasional Papers*, No.39, OECD, 1999.

Der Rückgang der Sozialausgaben im Vergleich zum BIP⁶ war über den Zeitraum zwischen 1994 und 1998 hin genauso ein gemeinsames Merkmal der meisten Mitgliedstaaten, wie der Anstieg in den vier Jahren davor ein ebenso verbreitetes Phänomen war.

Veränderungen bei den Bruttoausgaben für Sozialschutz nach Funktion 1990-1998

Von 1990 bis 1998 fiel der größte Ausgabenzuwachs nicht auf die Altersrenten oder die Gesundheitsversorgung, sondern auf Wohngeld. Mit einem jährlichen Kaufkraftzuwachs von nahezu 5 % über diese acht Jahre war Wohngeld der Titel mit den höchsten Zuwachsraten. Das Wachstum konzentrierte sich auf den ersten Teil des Zeitraums und spiegelt möglicherweise den Anstieg der Arbeitslosigkeit zu dieser Zeit wider.

Kindergeld (einschließlich Mutterschaftsgeld) war ein anderer Titel mit einem hohen Kaufkraftzuwachs von etwa 3,5 % jährlich. Dennoch gingen die Ausgaben für diesen Titel in vier Ländern (den Niederlanden, Österreich, Finnland und Schweden) in dem Vierjahreszeitraum von 1994 bis 1998 im Gegensatz zu dem jährlich über 6 %-igen Wachstum in Deutschland, Spanien, Irland und Luxemburg zurück.

Die Ausgaben für Invalidenrenten stiegen ebenfalls um etwa 3,5 %. Wieder konzentrierte sich der Anstieg auf den ersten Teil des Zeitraums, abgesehen von Griechenland und Irland. In den Niederlanden allerdings gab es in den vier Jahren ab 1994 einen Rückgang um 6 % jährlich, was die Straffung des Systems und die Verlagerung der Verantwortung für Zahlungen vom Staat auf die Arbeitgeber widerspiegelt.

Die Ausgaben für Altersrenten und Gesundheitsversorgung/Erkrankungen stiegen, in Kaufkraft ausgedrückt, beide über den Achtjahreszeitraum um etwa 2,5% pro Jahr. In beiden Fällen fiel die Wachstumsrate in der zweiten Hälfte des Zeitraums. Nichtsdestoweniger stiegen die Ausgaben in sieben von fünfzehn Mitgliedstaaten um jährlich 3% oder mehr in den vier Jahren ab 1994, und in Griechenland und Portugal stiegen die Altersrenten um mehr als 7% jährlich.

Der Ausgabenzuwachs beim Arbeitslosengeld/-hilfe in der Union betrug durchschnittlich weniger als 1,5 % pro Jahr.

Der Umverteilungseffekt der Sozialschutztransfers

Alle Mitgliedstaaten nutzen ihre Systeme der sozialen Sicherheit und der Besteuerung⁷ zur Korrektur der vom Markt geschaffenen Einkommensverteilung. Schaut man auf den Umverteilungseffekt des Sozialschutzes und der Besteuerung, so kommt man zu recht interessanten Ergebnissen. Der Beitrag von Sozialtransfers (und Steuern) zur Reduzierung von marktbedingten Einkommensungleichheiten auf Haushaltsebene scheint trotz der Unterschiede in allen Mitgliedstaaten erheblich zu sein. Diese Unterschiede hängen nicht nur mit dem Volumen der Sozialtransfers, sondern auch mit dem Grad ihrer Zielgerichtetheit zusammen. Die Reduzierung von marktbedingter Ungleichheit reicht von etwa 40 % in Schweden, Finnland und Frankreich bis zu etwa 20 % in Portugal. Darüber hinaus stellen wir auch fest, dass der Beitrag der Sozialschutzleistungen zur Reduzierung der marktbedingten Ungleichheit⁸ für alle Mitgliedstaaten deutlich größer ist als derjenige durch Besteuerung.

In den einzelnen Mitgliedstaaten wird der Sozialschutz mit unterschiedlichen Komponenten öffentlicher und privater, sowie offizieller und informeller Bereitstellung organisiert. Unter dem Druck einer alternden Gesellschaft wird sich das Gleichgewicht zwischen diesen vier Komponenten wahrscheinlich verschieben. Da Haushalte kleiner werden und sowohl Männer als auch Frauen arbeiten, werden die Betreuungsmöglichkeiten der Familien abnehmen, und ein größerer Anteil von Sozialdiensten wird vom formellen Sektor bereitgestellt und finanziert werden. Da die Regierungen versuchen, die für Titel wie Renten, Invalidität und Krankengeld zuständigen Sozialversicherungssysteme neu auszubalancieren, werden wahrscheinlich in ähnlicher Weise gewisse Aufgaben und Lasten von den öffentlichen Systemen auf die betrieblichen und individuellen Systeme übertragen werden.

In Zukunft können wir daher damit rechnen, dass die Ausgabendaten einen größeren Anteil an Sozialdiensten abdecken. Gleichzeitig wird es entscheidend sein, alle formellen Kosten, seien sie öffentlich, betrieblich oder privat, in die Ausgabendaten mit einzubeziehen.

6 Es ist wichtig zu berücksichtigen, dass die Veränderungen des Anteils der Sozialausgaben am BIP nicht zwangsläufig eine veränderte Politik widerspiegeln. Sie können in hohem Maße auch Ausdruck eines veränderten Wirtschaftszyklus sein: Wenn das BIP expandiert, fällt der relative Anteil, obwohl möglicherweise die Ausgaben gleich bleiben oder sogar bis zu einem gewissen Grad ansteigen – und umgekehrt.

7 Berücksichtigt werden nur der Einkommensersatz- oder die das Einkommen ergänzenden Sozialversicherungsleistungen sowie direkte Steuern und Sozialversicherungsbeiträge. Aus Gründen der Datenbeschränkung bleiben indirekte Steuern (wie z.B. die MwSt. und die Verbrauchssteuer) und Leistungen, die für Sonderausgaben (z.B. Behandlungskosten) zurückerstattet werden, unberücksichtigt.

8 Berechnet nach dem Gini-Koeffizienten.

3 Die Herausforderungen von Mobilität und Wanderungsbewegungen

Die zwei in diesem Abschnitt untersuchten Hauptkategorien der geografischen Mobilität sind Wanderungsströme der EU-Bürger sowie von Bürgern der EU-Beitrittsländer.

Das Recht auf Freizügigkeit ist ein Grundrecht unter dem EG-Vertrag. Die europäischen Bürger haben Zugang zur Beschäftigung in jedem Mitgliedsland, verbunden mit Aufenthaltsrecht für sie selbst und ihre Familienmitglieder, und sie dürfen nicht wegen ihrer Nationalität diskriminiert werden. Die Freizügigkeit kann den Umzug in ein anderes Mitgliedsland oder tägliches oder wöchentliches grenzüberschreitendes Pendeln bedeuten.

Die Mobilität wird häufig im Zusammenhang mit der Beschäftigungspolitik als eines der Schlüsselemente für eine zunehmende Flexibilisierung und die Handhabung von Ungleichgewichten am Arbeitsmarkt untersucht. Die kontinuierliche Schaffung von Arbeitsplätzen und der rasche Wandel bei der Nachfrage nach Arbeitskräften - vor allem seit 1997 - haben den Bedarf an mobilen Arbeitskräften verstärkt. Auf der EU-Ebene war die Debatte besonders bedeutsam im Zusammenhang mit der europäischen Beschäftigungsstrategie. Die Arbeitskräftemobilität hat sowohl eine berufliche als auch eine geografische Dimension. Während die berufliche von-Arbeit-zu-Arbeit-Mobilität und ein lebenslanges Lernen die bei weitem wichtigsten Faktoren für die Anpassung der Arbeitskräfte an die neuen wirtschaftlichen Bedingungen darstellen, könnte eine verbesserte geografische Mobilität zur Begegnung von Arbeitsmarktengpässen und für die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung eine wichtige Rolle spielen.

Zusätzlich zur Beschäftigung hat die geografische Mobilität bedeutende soziale und kulturelle Auswirkungen. In diesem Zusammenhang verdient die Wanderung besondere Beachtung. Die wachsende Zahl von Zuwanderern aus Drittländern sieht sich einer Reihe sozioökonomischer Bedingungen gegenüber, was neue Herausforderungen für die Gesellschaften der Gastländer mit sich bringt. Allerdings bringen Zuwanderer auch verschiedene kulturelle Hintergründe zusammen und bieten so neue Möglichkeiten des Wissensaustauschs und der gegenseitigen Befruchtung der verschiedenen Kulturen.

3.1 Die Mobilität der EU-Bürger

Trotz der bedeutenden Fortschritte bei der Beseitigung von Hindernissen für die Freizügigkeit der Menschen in der EU über die letzten Jahrzehnte hinweg ist die Mobilität heute im Vergleich zu derjenigen in den 50er und 60er Jahren sehr gering. Die heutige geografische Mobilität zwischen den Mitgliedsländern wird auf jährlich 0,1 bis 0,2 % der Gesamtbevölkerung geschätzt. Darüber hinaus hängt sie nur zum Teil mit der Beschäftigung zusammen. Gemäß einer Eurobarometer-Erhebung⁹ wechseln die EU-Bürger nicht sehr oft den Wohnort. Durchschnittlich 38 % von ihnen sind in den letzten zehn Jahren umgezogen. Aber dieser europäische Durchschnittswert verbirgt erhebliche Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten, mit einem deutlichen Nord-Süd- (und

Irland) Gefälle. Der Umzug in ein anderes Haus in derselben Stadt oder im selben Dorf ist die häufigste Mobilitätsart, wobei Umzüge mit steigender Entfernung an Häufigkeit abnehmen. Von allen Menschen, die in den letzten zehn Jahren mindestens einmal die Wohnung gewechselt haben, zogen 68 % innerhalb derselben Stadt, Kleinstadt oder im selben Dorf um, aber in diesen zehn Jahren zogen weniger als 5 % in ein anderes Land der Europäischen Union und etwa der gleiche Prozentsatz in ein Land außerhalb der EU. Die Hauptgründe für den Umzug in ein anderes Haus sind familiärer/persönlicher Natur (54 %), gefolgt von der Wohnungssituation (18%) und mit der Arbeit zusammenhängenden Gründen (15%). Untersuchungen in den USA¹⁰ sind bei der Betrachtung der Gründe für Umzüge zu ähnlichen Ergebnissen gekommen, auch wenn die Mobilität in den USA wesentlich höher ist als in der EU.

Einige Gründe erklären den Rückgang der innereuropäischen Mobilität über die letzten dreißig Jahre. Die südlichen Regionen, die in den frühen Nachkriegsjahren von ernststen wirtschaftlichen und sozialen Problemen betroffen waren, haben seitdem bei der Reduzierung der Kluft zu ihren wohlhabenderen europäischen Partnern spektakuläre Fortschritte erzielt. Heute bieten sie ihren Bürgern einen ziemlich hohen Lebensstandard und ein hohes Niveau an sozialer Fürsorge an.

Der schrittweise Übergang vom Paradigma der ersten Nachkriegsjahre mit niedrigem Bildungsniveau und arbeitsintensiver Produktion zur heutigen wissensgestützten Wirtschaft, der in den frühen 70er Jahren einsetzte, hat möglicherweise auch zu diesem Gesamtrückgang der Mobilität und zu einer neuen Ausrichtung auf die Wanderung hochqualifizierter Arbeitskräfte geführt.

Weitere die EU-Mobilität beeinflussende Faktoren

Die Sprache bleibt weiterhin eine der wichtigsten Barrieren, wenn es darum geht, in ein anderes Land zu ziehen. 47 % der Europäer behaupten von sich, nur ihre Muttersprache zu kennen, während eine Eurobarometer-Erhebung aus jüngster Zeit berichtet, dass nur 29 % der Europäer bereit wären, in einem anderen EU-Land zu leben, in dem eine Fremdsprache gesprochen wird. Die Wahrscheinlichkeit, dass Europäer eine Fremdsprache sprechen, nimmt mit dem Alter ab und steigt mit dem Bildungsgrad.

Der mögliche Verlust sozialer Beziehungen stellt ebenfalls eine Barriere für die Wanderung dar. Das Fehlen familiärer Beziehungen sowie soziale und kulturelle Unterschiede können wichtige Hinderungsgründe zum Neuaufbau solcher Beziehungen in der gastgebenden Gemeinschaft sein. Gewöhnlich finden es Menschen mit einem höheren Bildungsgrad leichter, ihre sozialen Beziehungen neu aufzubauen.

Die zunehmende Beteiligung der Frauen am Arbeitsmarkt wird oft als ein weiterer Faktor zur Reduzierung der geografischen Mobilität angesehen, da Umziehen häufig bedeutet, dass zwei Personen mit verschiedenen beruflichen Karrieren jeweils eine neue Beschäftigung finden müssen.

9 Eurobarometer 54.2, 2001

10 "An overview of labour mobility in the United States" – F.W. Horvath (U.S. Bureau of Labour Statistics)

Die Verfügbarkeit von preiswerten Wohnungen in guter Qualität ist ein anderer kritischer Faktor bei Umzugsentscheidungen. Die Wohnbedingungen in Europa haben sich in den letzten Jahrzehnten allgemein verbessert. Die meisten Menschen auch in weniger reichen Mitgliedstaaten kommen in den Genuss von Wohnungen in angemessener Qualität. Allerdings sind die Wohnausgaben in den meisten Mitgliedstaaten insbesondere für die weniger wohlhabenden Haushalte deutlich gestiegen. Darüber hinaus bestand trotz des massiven Baus neuer Wohnungen die Tendenz, dass das Angebot hinter der wachsenden Nachfrage zurückblieb. Das steigende Niveau und der Trend nach mehr, aber kleineren Haushalten gehören zu den Faktoren, die es zunehmend schwieriger machten, ein Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage zu finden. In den meisten städtischen Gebieten herrscht eine deutliche Wohnungsknappheit, vor allem an preiswerten Wohnungen in annehmbarer Qualität. Die Probleme beim Finden preiswerter und geeigneter Wohnungen in einer anderen Region oder einem anderen Land beeinflussen die Umzugsentscheidung der Menschen negativ. Das Widerstreben der Menschen umzuziehen, wie es sich in einem jüngeren Eurobarometer gezeigt hat, hängt deutlich mit den Unsicherheiten und dem Mangel an Wohnungen zusammen, was für den Wohnungsmarkt im überwiegenden Teil Europas charakteristisch ist.

Künftige die Mobilität beeinflussende Trends

Europa verändert sich im Hinblick auf seine Bevölkerungsstruktur und das Verhalten der Bevölkerung, was Auswirkungen auf das zukünftige Ausmaß an geografischer Mobilität haben wird. Es verwundert nicht, dass die Mehrheit der jungen Menschen in den letzten zehn Jahren wenigstens einmal, hauptsächlich aus familiären, beruflichen Gründen und wegen der Ausbildung, umgezogen ist (45 % der zwischen 15- und 24-Jährigen und fast 60 % der 25- bis 39-Jährigen). Junge Menschen werden vor allem von großen städtischen Gebieten angezogen, wo sie eine größere Auswahl an Bildungs- und Arbeitsangeboten und Lebensstil genießen. Es gibt in der Union ein Nord-Süd-Gefälle bei der Zeitplanung und der Häufigkeit von Umzügen¹¹, wobei die jungen Menschen im Süden zu einem späteren Zeitpunkt aus ihrem Elternhaus ziehen. Es ist auch erwähnenswert, dass der allgemeine Mobilitätsgrad wahrscheinlich vom schrittweisen Schwinden der jüngeren Altersgruppen (15-29 Jahre) aufgrund eines erheblichen Rückgangs der Fruchtbarkeit über die letzten 30 Jahre hin beeinflusst wird. Diese Gruppe machte im Jahr 1990 23,2 % der EU-Bevölkerung und 19,6 % für 2000 aus, und das Eurostat-Bezugsszenario zeigt eine weitere Reduzierung auf 17,8 % bis zum Jahre 2010 an.

Die besser ausgebildeten Menschen sind tatsächlich die mobilsten, in 11 Mitgliedstaaten haben die Menschen, die in einem anderen Mitgliedstaat leben, einen höheren Bildungsgrad als ihre Landsleute im Heimatland. Höhere Bildungsgrade und eine zunehmende wirtschaftliche Eingliederung werden nach und nach zusammen mit einer besseren politischen Koordinierung dieses Mobilitätspotenzial fördern.

Mobilität und regionale Probleme

Maßnahmen zur Regionalentwicklung sind sowohl zur Verhinderung von exzessiven regionalen Polarisierungen als auch zur Optimierung des Potenzials an geografischer Mobilität von entscheidender Bedeutung. In den letzten Jahrzehnten gab es einen bedeutenden Zustrom von Menschen aus ländlichen Gebieten in die Stadtgebiete. Das hat zu einem Prozess der regionalen Polarisierung geführt.

Innerhalb der EU gibt es 70 Regionen (nahezu eine von dreien), wo über die Hälfte der Bevölkerung in einer „dicht besiedelten Zone“¹² lebt. Diese 70 Regionen machen 14,7 % des Gesamtgebietes der EU-15 aus und umfassen 45,2 % der Bevölkerung der EU-15. Große städtische Gebiete erlebten ein Wachstum und eine Verjüngung der Bevölkerung, während entlegene ländliche Gebiete mit einer Überalterung ihrer Bevölkerung und einem wirtschaftlichen Niedergang konfrontiert waren.

Derzeitige demografische Prognosen sagen voraus, dass dieses Auseinanderdriften zwischen den Regionen insbesondere in Beziehung auf die Erwerbsbevölkerung weiter anhalten wird. Zwischen 2000 und 2015 wird auf der regionalen Ebene (NUTS II) für die 10 am meisten benachteiligten Regionen ein Rückgang der Erwerbsbevölkerung um 12 % vorausgesagt, während sie in den 10 besser gestellten um 15 % wachsen soll.

Zu diesen Auswirkungen auf die wirtschaftliche Aktivität beeinflusste diese regionale Polarisierung auch die Lebensqualität. Ein nachhaltiger Bevölkerungsschwund macht die Versorgung dieser bevölkerungsschwachen Regionen mit öffentlichen Diensten (z.B. Bildung, Gesundheitswesen) teurer, wohingegen Bevölkerungskonzentrationen in großen städtischen Gebieten ebenso schwierige Probleme wie Verkehrsstaus, Umweltverschmutzung etc. verursachen. Es ist daher wichtig, bei der Planung von Politiken zur Förderung der geografischen Mobilität insbesondere auf die regionale Dimension zu achten.

Bei der Betrachtung der längerfristigen Mobilitätstrends können der rasche technologische Wandel, insbesondere der erwartete Fortschritt bei der Telekommunikation und im Verkehrswesen, die Bedeutung der geografischen Mobilität (im Vergleich zur Qualifikationsmobilität) als Mittel für eine verbesserte Bereitstellung von Humanressourcen mindern.

Wanderung und Erweiterung

Die nächste Erweiterung kann im Anfangsstadium zu einer erhöhten grenzüberschreitenden Mobilität beitragen. Das Ausmaß des Wanderungsdrucks wird hauptsächlich von der Einkommenskluft und den Unterschieden der Arbeitsmarktsituation zwischen den jetzigen und den zukünftigen Mitgliedsstaaten abhängen. Es ist erwähnenswert, dass die vorherigen Erweiterungen auf Griechenland, Spanien und Portugal keinen Anstieg der Wanderungsströme aus diesen Ländern in andere Mitgliedstaaten mit sich brachte. Überdies sind dies aufgrund der wirtschaftlichen und sozialen Fortschritte Zielländer für Staatsangehörige aus Drittländern.

11 Einige Untersuchungen vermuten, dass dieses zeitliche Hinauszögern beim Verlassen des Elternhauses damit zusammenhängt, dass junge Menschen im Süden mehr von familiärer Unterstützung abhängen als im Norden – siehe G. B. Sgritta - „Family and Welfare systems in the transition to adulthood“ (Familien- und Wohlfahrtssysteme beim Übergang zum Erwachsenenstatus) – Europäische Beobachtungsstelle für soziale Situation, Deographie und Familie.

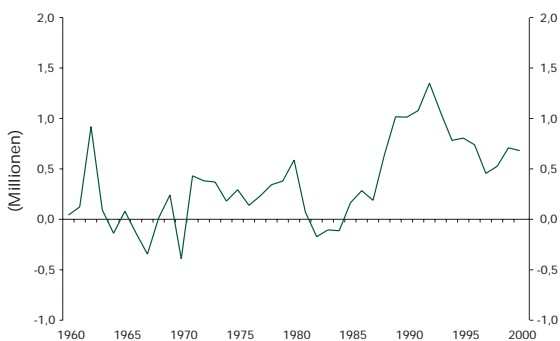
12 Das sind mehrere aneinander grenzende, lokale Gebiete, von denen jedes mehr als 500 Einwohner je Quadratkilometer hat und deren Gesamtbevölkerung mindestens 50.000 Einwohner beträgt. Die durchschnittliche Bevölkerungsdichte der EU liegt bei 116 Einwohnern je Quadratkilometer.

3.2 Zuwanderung aus Drittländern

Zuwanderer aus Drittländern in die EU sind eine weitere bedeutende Mobilitätsform. Ein unregelmäßiges Wachstumsmuster der Nettowanderung wurde über die letzten Jahrzehnte beobachtet. Der Umfang und die Herkunft der Zuwanderer variieren in Abhängigkeit von der politischen und wirtschaftlichen Lage in den verschiedenen Weltregionen beträchtlich über die Zeit. Der Anstieg war in der Mitte der 80'er Jahre besonders hoch, als es einen großen Zustrom aus den osteuropäischen Ländern gab. Im Anschluss erzeugten der Krieg in dem ehemaligen Jugoslawien und die instabile Situation auf dem Balkan eine beträchtliche Welle von Zuwanderern, hauptsächlich aus den ehemaligen jugoslawischen Republiken und Albanien. Es gibt auch einen beträchtlichen Zustrom aus anderen Teilen der Welt, vor allem aus verschiedenen Regionen Asiens und Nordafrikas, was mit einer Kombination aus wirtschaftlichen, politischen und demografischen Faktoren zusammenhängt.

von hochqualifizierten Menschen als Reaktion auf den besonderen Mangel an spezialisierten Arbeitskräften erlebte, ist ein hoher Anteil dieser Zuwanderer jung und mit geringer Qualifikation. Triebkräfte aus dem Herkunftsland verbinden sich mit verschiedenen Anziehungskräften des Gastlandes, z.B. dem regionalen Arbeitskräftemangel oder der Überalterung der Erwerbsbevölkerung. Betrachtet man den registrierten Zustrom 1999, so kamen die meisten Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien, gefolgt von Polen, Menschen aus Nordafrika, solchen aus der ehemaligen Sowjetunion und der Türkei, aber registrierte Menschen sind nur ein Teil des Gesamtbildes. Viele Menschen gelangen illegal in die EU, bleiben hier und gehen – häufig in Wirtschaftszweigen und Regionen, wo die Schattenwirtschaft mehr entwickelt ist – einer nicht gemeldeten Arbeit nach. Sowohl illegale als auch legale Zuwanderer sind gefährdeter als einheimische Arbeitnehmer. Sie sind oft bereit, Einschränkungen beim Lohn und bei anderen mit der Arbeit zusammenhängenden Rechten hinzunehmen.

S.b. 1 Nettowanderung, Europäische Union 1960 - 2000



Nettowanderer ist die Differenz zwischen Zuwanderern in die Europäische Union und EU-Auswanderern.
Quelle: Eurostat - Wanderungsstatistik

1999 waren 13 Millionen¹³ oder 3,4 % der EU-Bevölkerung Bürger eines Drittlandes – ein Anstieg um 50 % seit 1985. Der Anteil war in einigen mitteleuropäischen Mitgliedstaaten deutlich höher (Österreich 9,3 % und Deutschland 6,7%) und in Spanien und Italien deutlich niedriger¹⁴. Die wachsende Zuwanderung aus Drittländern konzentriert sich auf die wirtschaftlich florierenden Regionen. Die meisten großstädtischen Gebiete werden immer multikultureller und müssen angemessene Strategien für die soziale und wirtschaftliche Eingliederung der Neuankömmlinge und ihrer Familien entwickeln. Anders als die EU-Bürger genießen Staatsangehörige aus Drittländern in der Europäischen Union keine Freizügigkeit.

Der Umgang mit dem Zuwandererstrom aus Drittländern stellt eine immer wichtiger werdende Herausforderung für die Beschäftigungs- und Sozialpolitik in den Mitgliedstaaten und in der Union insgesamt dar. Auch wenn Europa den Zustrom

Beteiligung am Arbeitsmarkt

Die Beteiligung am Arbeitsmarkt variiert erheblich zwischen den verschiedenen Gruppen der Zuwanderer. Für die in anderen Mitgliedstaaten lebenden EU-Bürger und für Arbeitnehmer aus den Kandidatenländern Mittel- und Osteuropas ist sie genauso hoch wie der EU-Durchschnitt oder höher als dieser. Für einige andere Zuwanderergruppen sind die Beschäftigungsquoten deutlich niedriger, insbesondere für Frauen aus Nordafrika und der Türkei. Für die Altersgruppe der 15- bis 24-Jährigen beträgt die durchschnittliche Arbeitslosenquote für EU-Bürger 16 %, für Bürger der Türkei 15 %, für die Bürger der anderen 12 Kandidatenländer 14% und für Menschen aus anderen Ländern 21 %.

Die Zuwanderung wird häufig als ein Faktor für die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes angesehen. Dennoch birgt dies die Gefahr einer zunehmenden Spaltung des Arbeitsmarkts mit einer Überrepräsentierung von Staatsangehörigen aus Drittländern in Bereichen mit schlechteren Arbeitsbedingungen. Die große Mehrheit der Beschäftigten aus Drittländern scheint Arbeiten im Bereich niedriger Qualifikation/Bezahlung des Arbeitsmarktes innezuhaben. Weibliche Zuwanderer neigen dazu, in der Hotel- und Gastronomiebranche und in Haushalten zu arbeiten. Und das hat nicht nur mit dem niedrigen durchschnittlichen Qualifikationsniveau der Staatsangehörigen aus Drittländern zu tun. Arbeitnehmer aus mittel- und osteuropäischen Ländern haben häufiger weniger qualifizierte Stellen inne als es ihrer durchschnittlichen formellen Qualifikation entspricht. Die Tatsache, dass Zuwanderer eher Diskriminierung, Ausbeutung und Mißbrauch ausgeliefert sind, wird durch die Sprachbarrieren noch verschlimmert, aber auch durch die mangelnde Vertrautheit mit den lokalen Gebräuchen und mit der Kultur sowie den nicht entwickelten sozialen Beziehungen. Es gibt allerdings einige Initiativen wie beispielsweise interkulturelle Vermittler, die an Arbeitsplätzen oder in Sozial- und Gesundheitsdiensten daran arbeiten, diese Einrichtungen den Zuwanderern zugänglicher zu machen.

13 Die neuesten Daten von Eurostat beziehen sich auf 1998 (Frankreich 1990).

14 Diese Zahl schließt nicht die im Ausland geborene Bevölkerung mit ein, die die EU-Bürgerschaft annahm, jedoch die in Europa geborenen Kinder von Staatsangehörigen aus Drittländern, welche die EU-Bürgerschaft nicht annahmen.

Schlussfolgerungen

Bei der Mobilität innerhalb der EU hat sich gezeigt, dass trotz bedeutender Fortschritte bei der Beseitigung von Hindernissen für die Freizügigkeit der Menschen in der EU über die letzten Jahrzehnte die derzeitige geografische Mobilität im Vergleich zu derjenigen, die man in den 50er und 60er Jahren beobachten konnte, sehr gering ist. Das war in hohem Maße das Ergebnis der spektakulären Fortschritte der ärmeren europäischen Regionen bei der Reduzierung der Kluft zu ihren wohlhabenderen Partnern. In den kommenden Jahren könnten höhere Bildungsniveaus und eine zunehmende wirtschaftliche Integration zusammen mit einer verbesserten Koordinierung einen deutlicheren Beitrag zur Mobilität innerhalb der EU leisten. Die Europäische Kommission schlug in ihrer Mitteilung „Neue europäische Arbeitsmärkte – offen und zugänglich für alle“ eine neue Strategie einschließlich konkreter politischer Initiativen zur Gewährleistung der Freizügigkeit der Menschen und zur Öffnung der neuen europäischen Arbeitsmärkte vor. Die Entwicklung dieser positiven Dynamik würde die aktive Beteiligung aller Interessengruppen auf der EU-Ebene auf nationaler und lokaler Ebene verlangen. Besonderes Augenmerk müsste einigen spezifischen Barrieren, die nicht direkt mit dem Arbeitsmarkt zusammenhängen, gelten, wie z.B. der geringen Neigung in einigen Mitgliedstaaten, Fremdsprachen zu lernen, den wachsenden Schwierigkeiten auf dem Wohnungsmarkt in meist wirtschaftlich florierenden Regionen und dem Trend hin zu einer regionalen Polarisierung, wie er in einigen Regionen in der EU zu beobachten ist.

Bei der Untersuchung der Trends der geografischen Mobilität stellt der Zustrom von Zuwanderern aus Drittländern für die Beschäftigungs- und Sozialpolitik in den Mitgliedstaaten und in der gesamten Union eine an Bedeutung zunehmende Herausforderung dar. Die meisten Wissenschaftler stimmen darin überein, dass Zuwanderungsströme ein sprunghaftes, aber dauerhaftes Phänomen sind, das von den politischen Entscheidungsträgern genau beachtet werden muss. Die wachsende Zahl der Zuwanderer aus Drittländern führt sowohl zu Herausforderungen als auch zu Chancen der europäischen Gesellschaft. Die Beteiligung am wirtschaftlichen und sozialen Leben bildet den Hauptweg zur Eingliederung von Zuwanderergruppen und ihren Familien. Eine erfolgreiche Eingliederung der Zuwanderer wiederum ist für ihren wirtschaftlichen Fortschritt und sozialen Zusammenhalt wichtig. Die Förderung der Eingliederung erfordert auf die Zuwanderer und ihre Gastgesellschaften zugeschnittene politische Anstrengungen. Die Bekämpfung der Diskriminierung ist hier von besonderer Bedeutung. Barrieren für die soziale Beteiligung – seien sie nun in Strukturen, Kapazitäten und Verhaltensweisen der aufnehmenden Gemeinschaften begründet oder in denen der Zuwanderer – reduzieren die Eingliederungsmöglichkeiten und schwächen den sozialen Zusammenhalt. Der erleichterte Zugang zur Bildung für Zuwanderer mit niedrigem Bildungsabschluss und deren Kinder, die Förderung der Beschäftigungsmöglichkeiten und die Beseitigung von Barrieren bei der Wohnungsbeschaffung sind die Hauptthemen für Zuwanderer.

Die Bewältigung der Zuwanderungsströme, die Bekämpfung der illegalen Zuwanderung und die Entwicklung eines optimalen Eingliederungsmodells bei gleichzeitiger Achtung der Vielfalt sind die zentralen Herausforderungen, die die Verpflichtung aller beteiligten Akteure erfordern. Auf der EU-Ebene bilden mit dem Inkrafttreten des Vertrags von Amsterdam am 1. Mai 1999 die Asylpolitik, die Freizügigkeit der Personen, die Visumpolitik, die Vorschriften zur Überschreitung der Außengrenzen der EU, die Zuwanderungspolitik, die

Rechte der Bürger aus Drittländern und die Bekämpfung der illegalen Zuwanderung die wesentlichen Bestandteile der gemeinsamen und umfassenden Asyl- und Zuwanderungspolitik der Europäischen Union. Zusätzlich zu diesem Prozess der Schaffung eines institutionellen und rechtlichen Rahmens bietet die europäische Sozialpolitik eine Reihe von Maßnahmen für Beschäftigung, soziale Eingliederung, Antidiskriminierung, Sozialschutz und Gleichstellung der Geschlechter, die die Anstrengungen auf der nationalen, regionalen und lokalen Ebene unterstützt und stärkt.

Neueste Maßnahmen im Zusammenhang mit Mobilität und Wanderung

Verschiedene gemeinschaftliche Instrumente, die in der **europäischen Beschäftigungsstrategie**¹⁵ entwickelt wurden, unterstützen die Anstrengungen der Mitgliedstaaten zur Förderung der Arbeitskräftemobilität und zur Erleichterung des Zugangs zu lebenslangem Lernen. Die Strategie zur Entwicklungsförderung neuer **europäischer Arbeitsmärkte**¹⁶ wurde vom Europäischen Rat in Stockholm im März 2001 unter besonderer Berücksichtigung der Thematik Qualifikationen und Mobilität gebilligt.

Einige Initiativen im Bereich der **sozialen Sicherheit**¹⁷ wurden für eine effizientere Koordinierung und zur Schaffung von mehr Möglichkeiten für Arbeitnehmer und Arbeitsuchende bei der Nutzung ihres Rechts auf Freizügigkeit vorgeschlagen.

In der neuen **europäischen Strategie zur Förderung der sozialen Eingliederung**¹⁸ erkannten die nationalen Aktionspläne einiger Mitgliedstaaten die wachsende ethnische und kulturelle Vielfalt und die erhöhte Gefahr der sozialen Ausgrenzung von ethnischen Minderheiten und Zuwanderern an.

Gemeinsame Politiken im Bereich von **Zuwanderung und Asyl**¹⁹ werden im Sinne der Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Tampere (Oktober 1999) erarbeitet. Um erfolgreich mit den Wanderungsströmen umzugehen und die illegale Wanderung einzudämmen, hat die Kommission eine koordinierte Methode unter Einbeziehung aller Aspekte der Zuwanderungssysteme und der Stärkung der Partnerschaft mit den Herkunftsländern vorgeschlagen. Dies wird auf der Grundlage des Artikels 3 des Vertrags von Amsterdam durch eine tatkräftige²⁰ Eingliederung und Antidiskriminierungsmaßnahmen in den Gastländern ergänzt.

Es wird anerkannt, dass Push- und Pull-Faktoren für die Zuwanderung von Staatsangehörigen aus Drittländern in die EU verantwortlich sind und beide bei der Entwicklung geeigneter Maßnahmen für ein effizientes Wanderungsmanagement berücksichtigt werden müssen. Die Arbeitsmarktnachfrage zieht Arbeitskräfte als Pull-Faktor in hohem Maße an, während schlechte Lebensbedingungen und beschränkte Aussichten auf eine bessere Lebensqualität in den Herkunftsländern wichtige Push-Faktoren darstellen. Die gemeinschaftliche Entwicklungspolitik trägt langfristig zu einer Normalisierung der Zuwanderungsströme bei, indem sie eine nachhaltige wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklung unterstützt und die Armut wie auch die Ungleichheit in den Herkunftsregionen der Zuwanderer bekämpft. Das Thema Wanderung muss auch bei der Entwicklung der Außenbeziehungen der EU und der Handelspolitik im Zusammenhang mit der Förderung des Dialogs mit den Herkunftsländern über den Umgang mit den Wanderungsströmen und zur Optimierung ihrer Vorteile für alle Beteiligten berücksichtigt werden.

15 Leitlinien für beschäftigungspolitische Maßnahmen der Mitgliedstaaten im Jahr 2002 - KOM(2001) 511 Entwurf des Gemeinsamen Beschäftigungsberichts - KOM(2001)438

16 Neuer europäischer Arbeitsmarkt – offen und zugänglich für alle - KOM(2001)116

17 KOM(1997) 586

18 Gemeinsamer Bericht des Rates und der Kommission über die soziale Eingliederung, vom Rat am 3.12.2001 angenommen

19 Siehe Bewertungstabelle in KOM(2001)628

20 Anwendung des Gleichbehandlungsgrundsatzes ohne Unterschied der Rasse oder der ethnischen Herkunft (Richtlinie 2000/43/EG); Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Verwirklichung der Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf (Richtlinie 2000/78/EG).

Anhang

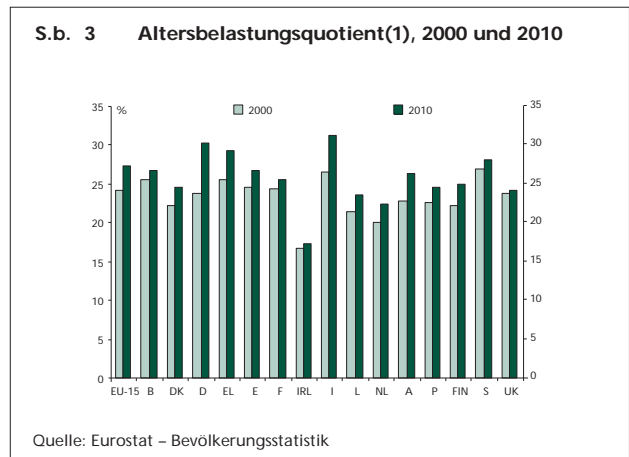
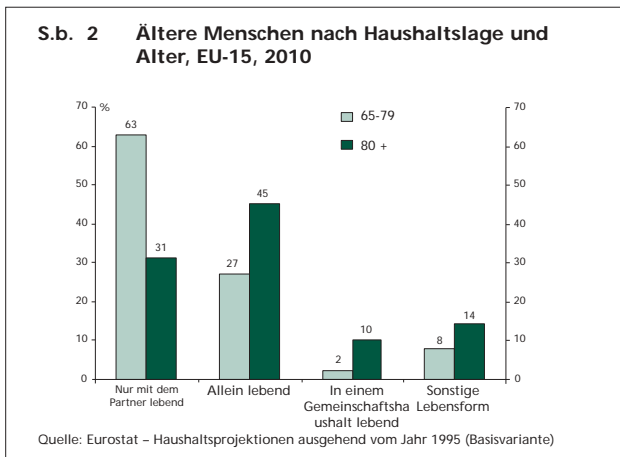
Überalterung der Bevölkerung

Im Jahr 2000 gab es in der EU 61 Millionen Menschen im Alter von 65 Jahren und älter gegenüber nur 34 Millionen im Jahr 1960. Heute stellen die älteren Menschen 16 % der Gesamtbevölkerung bzw. 24 % der Gruppe, die als Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter bezeichnet wird (15 – 64 Jahre). Bis zum Jahr 2010 wird mit einem Anstieg dieser Quote auf 27 % gerechnet. In den nächsten fünfzehn Jahren wird der Anteil der „sehr Alten“ (80 Jahre und darüber) um fast 50 % zunehmen.

Schlüsselindikator

Altersbelastungsquotient (1)	EU 15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
2000	24	26	22	24	26	25	24	17	27	21	20	23	23	22	27	24
2010	27	27	25	30	29	27	25	17	31	24	22	26	24	25	28	24

(1) Bevölkerung ab 65 Jahre im Verhältnis zur Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 – 64 Jahre)
Quelle: Eurostat - Bevölkerungsstatistik



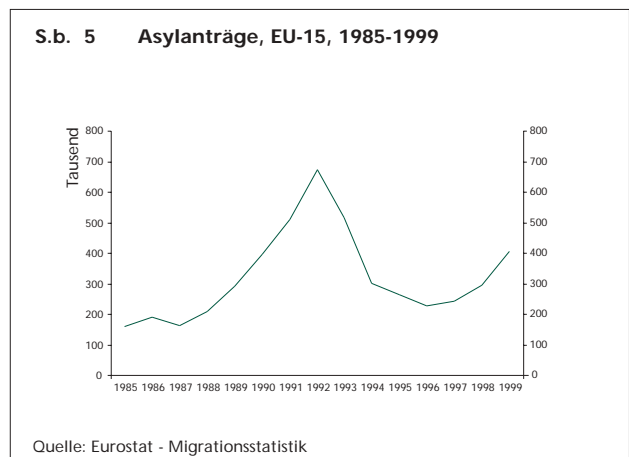
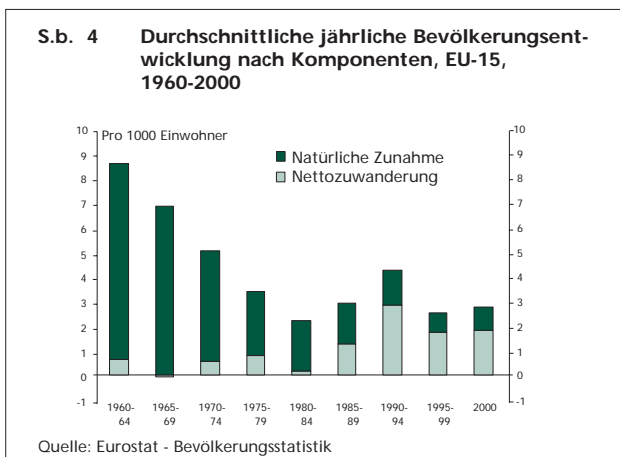
Wanderungsbewegungen und Asylanträge

Seit 1989 stellt die Nettozuwanderung die wichtigste Komponente der jährlichen Bevölkerungsentwicklung in der Union dar. Im Jahr 2000 betrug die jährliche Nettozuwanderungsquote 1,8 pro 1000 Einwohner, was rund 65 % des gesamten Bevölkerungswachstums entspricht. Rund 5% der EU -Bevölkerung sind Ausländer (3,4 % sind Staatsangehörige von Drittländern und 1,5 % Bürger der EU). 1999 wurden in den fünfzehn Mitgliedstaaten knapp über 400000 Asylanträge gestellt.

Schlüsselindikator

Nettozuwanderungsquote (pro 1000 Einwohner)	EU-15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
2000	2,0	1,6	1,8	2,5	2,1	1,0	0,8	5,3	2,0	10,9	2,8	2,4	1,0	0,7	1,5	2,8
Durchschnittliche jährliche Nettozuwanderungsquote																
1995-99	1,8	1,1	3,0	2,5	1,9	1,1	0,7	4,3	2,1	10,0	2,0	1,0	1,1	0,8	1,1	2,0
1990-94	2,9	1,9	2,0	7,0	5,7	0,4	1,3	-0,4	1,9	10,5	2,7	7,5	-1,3	1,8	3,7	1,3

Quelle: Eurostat - Bevölkerungsstatistik



Bildungsabschlüsse

Das Bildungsniveau der Bevölkerung ist in den letzten dreißig Jahren beträchtlich gestiegen, insbesondere bei den Frauen. Heute haben mehr als 76 % der jungen Menschen im Alter zwischen 25 und 29 Jahren in der Union einen Abschluss des Sekundarbereichs II. Gleichzeitig verlassen jedoch 20 % der 18 – 24-Jährigen das Bildungssystem bestenfalls mit einem Abschluss des Sekundarbereichs I.

Schlüsselindikator

Schulabbrecher, die nicht an einer Weiterbildungs- oder Berufsbildungsmaßnahme teilnehmen (Anteil der 18 – 24-Jährigen mit einem Abschluss geringer als Sekundarbereich II (ISCED 0-2) außerhalb des Bildungs- und Ausbildungssystems)

	EU-15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
2000	20*	12	12	15	17	28	13	19	29	17	17	11	43	10	8	:

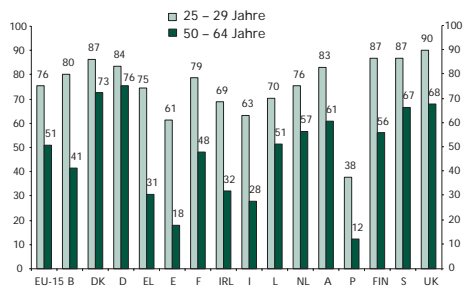
18 – 24-Jährige nach Beschäftigungsstatus (%), 2000

	EU-15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
Innerh. des Bildungs- und Beschäftigungssystems	16	6	40	27	2	6	9	11	3	5	44	13	7	24	16	29
Innerh. des Bildungs- und außerh. des Beschäftigungssystems	35	47	23	29	42	46	48	32	35	49	19	28	37	29	42	19
Außerh. des Bildungs- und Innerh. des Beschäftigungssystems	34	36	31	33	34	35	30	42	31	39	32	51	46	33	34	39
Weder im Bildungs- noch im Beschäftigungssystem	15	11	6	11	22	14	14	14	32	7	5	8	10	13	8	13

Anmerkung: IRL, A – Daten für 1997.

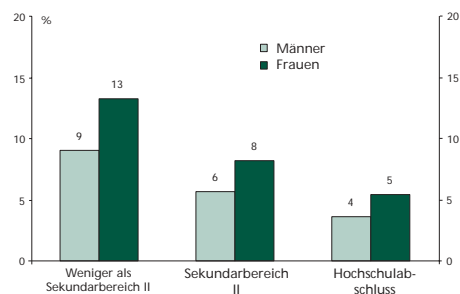
Quelle: Eurostat – Arbeitskräfteerhebung in der Europäischen Union

S.b. 6 Bevölkerungsanteil, der zumindest den Sekundarbereich II abgeschlossen hat, nach Altersgruppe, 2000



Quelle: Eurostat – Arbeitskräfteerhebung in der Europäischen Union. IRL: Daten für 1997. Anmerkung: UK – GCSE 'O'-Abschlüsse sind in der Sekundarstufe II beinhaltet (ISCED 3).

S.b. 7 Arbeitslosenquoten der 25 – 59-Jährigen nach Geschlecht und Bildungsabschluss, EU-15, 2000



Quelle: Eurostat – Arbeitskräfteerhebung in der Europäischen Union. Anmerkung: UK – GCSE 'O'-Abschlüsse sind in der Sekundarstufe II beinhaltet (ISCED 3).

Lebenslanges Lernen

Im Jahr 2000 hatten EU-weit 8 % der Bevölkerung im Alter zwischen 25 und 64 Jahren in den vier Wochen vor dem Stichtag an Bildungs-/Ausbildungsmaßnahmen teilgenommen. Besonders verbreitet sind solche Bildungsmaßnahmen offenbar in den nordischen Ländern, den Niederlanden und im Vereinigten Königreich. Älteren Menschen wird seltener eine Fortbildung zuteil als jüngeren. Personen mit einer höheren Qualifikation nehmen häufiger an solchen Maßnahmen teil als gering Qualifizierte.

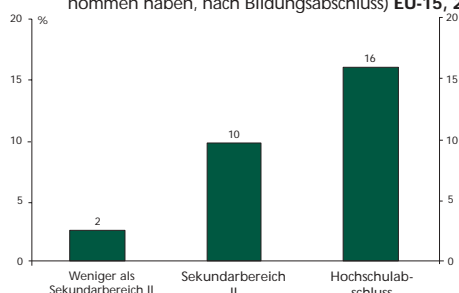
Schlüsselindikator

Lebenslanges Lernen (Teilnahme von Erwachsenen an Maßnahmen der allgemeinen und beruflichen Bildung)
Anteil der 25 bis 64-Jährigen, die in den vier Wochen vor dem Stichtag an Maßnahmen der allgemeinen und beruflichen Bildung teilgenommen haben (%)

	EU-15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
Insgesamt, 25-64	8	7	21	5	1	5	3*	5*	5	5	16	8*	3*	20	22	21
25-34	14	11	30	13	3	12	7	9	11	8	24	14	8	27	28	25
35-44	8	8	22	5	0	3	2	5	4	5	17	8	3	22	23	23
45-54	6	5	18	3	0	2	1	3	3	4	11	5	1	19	19	19
55-64	3	2	11	1	0	1	0	1	1	1	6	2	0	8	14	13

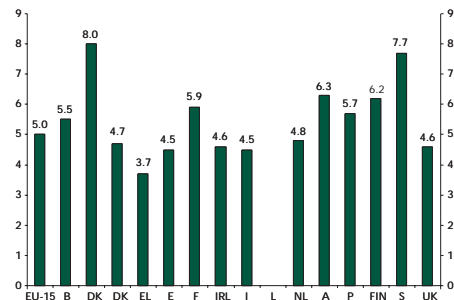
Anmerkung: IRL, A – Daten für 1997; F, P – siehe methodische Anmerkungen. Quelle: Eurostat – Arbeitskräfteerhebung in der Europäischen Union.

S.b. 8 Lebenslanges Lernen (Anteil der 25 bis 64-Jährigen, die in den vier Wochen vor dem Stichtag an allgemeinen oder beruflichen Bildungsmaßnahmen teilgenommen haben, nach Bildungsabschluss) EU-15, 2000



Quelle: Eurostat – Arbeitskräfteerhebung in der Europäischen Union. Anmerkungen: IRL, A – Daten für 1997; F, P – siehe methodische Anmerkungen im Hauptreport. UK – GCSE 'O'-Abschlüsse sind in der Sekundarstufe II beinhaltet (ISCED 3).

S.b. 9 Staatliche Gesamtausgaben für Bildung als Prozentsatz des BIP, 1999



Quelle: Eurostat – UOE (Unesco, OECD und Eurostat) Fragebögen zur Bildungsstatistik.

Beschäftigung

Im Jahr 2000 waren in der Union schätzungsweise 166 Millionen Menschen erwerbstätig, über 10 Millionen mehr als im Jahr 1995. Das entspricht einer jährlichen Zunahme von etwa 1,3 %. Im Jahr 2000 stieg die Beschäftigung um 1,7 %. Die Beschäftigungsquote für die Bevölkerung im Alter zwischen 15 und 64 Jahren lag 2000 bei 63,2 %.

Schlüsselindikator

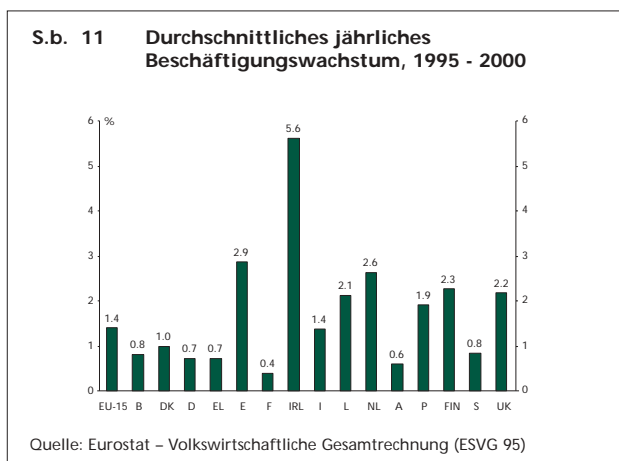
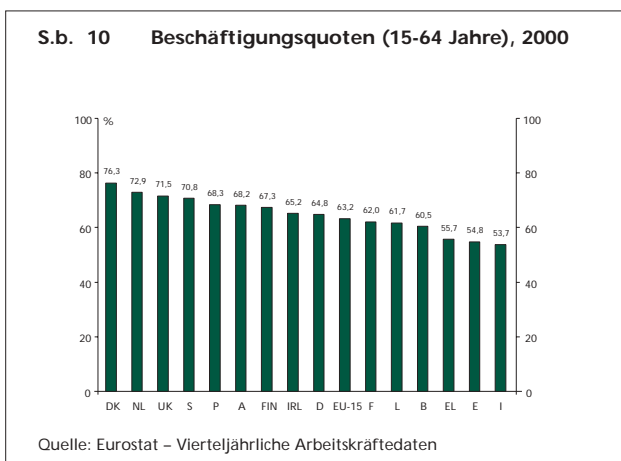
Beschäftigungsquote (Erwerbstätige Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren als Anteil der Gesamtbevölkerung zwischen 15 und 64 Jahren)	EU-15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
2000	63,2	60,5	76,3	:	55,7	54,8	62,0	65,2	53,7	:	72,9	68,2	68,3	67,3	70,8	71,5
1999	62,3	59,3	76,0	64,8	55,3	52,5	60,8	63,3	52,6	61,7	71,3	68,2	67,4	66,4	70,1	71,0

Beschäftigungstrend

Gesamtbeschäftigung 2000 (Millionen)	165,9	3,9	2,7	38,7	:	15,6	23,3	1,7	23,1	:	8,1	4,0	4,9	2,3	4,3	29,1
Gesamtbeschäftigung 1999 (Millionen)	163,2	3,9	2,7	38,1	3,9	15,2	22,8	1,6	22,7	0,2	7,9	4,0	4,8	2,2	4,2	28,9
Gesamtbeschäftigung 1995 (Millionen)	154,7	3,8	2,6	37,3	3,8	13,6	22,9	1,3	21,5	0,2	7,1	3,9	4,5	2,0	4,1	26,1
2000/1995 (durchschnittliches Jahres. %)	1,4	0,8	1,0	0,7	0,7*	2,9	0,4	5,6	1,4	2,1*	2,6	0,6	1,9	2,3	0,8	2,2
2000/1999 (jährliches Wachstum in %)	1,7	1,8	0,7	1,6	0,2*	3,1	2,4	4,7	1,6	2,2*	2,3	0,9	2,0	1,8	2,2	0,5

Anmerkung: EL und L: die Daten sind von 1999 statt von 2000, die Zahlen beziehen sich auf 1999/1995 bzw. 1999/1998.

Quelle: Eurostat – Vierteljährliche Arbeitskräfteerhebung, Arbeitskräfteerhebung in der Europäischen Union und Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (ESVG 95)



Beschäftigung älterer Arbeitnehmer

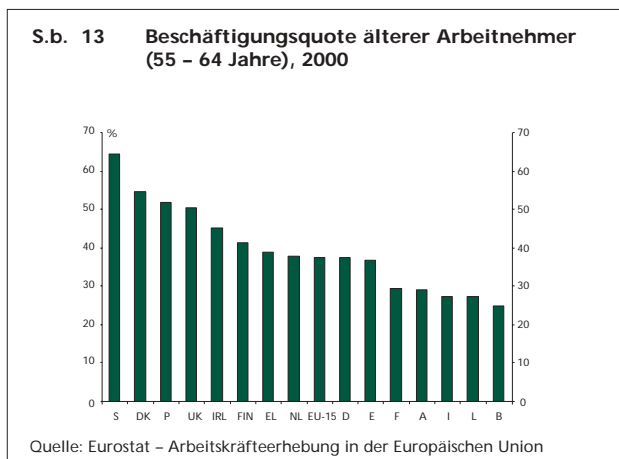
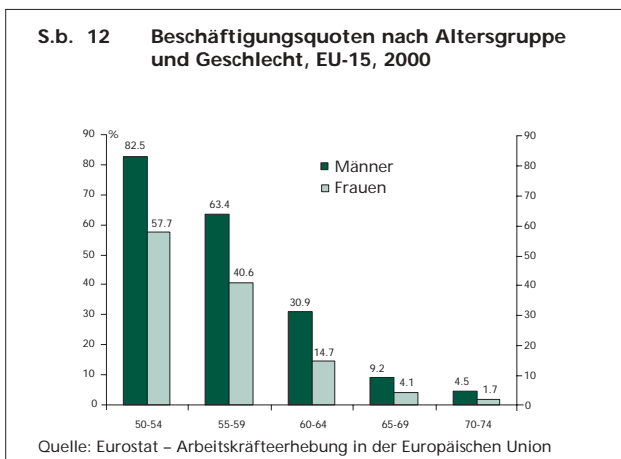
In den letzten zehn Jahren ist in der EU die Beschäftigungsquote der Männer im Alter von 55 bis 64 Jahren um etwa 3 % auf 48 % zurückgegangen. Der Grund für diesen Rückgang ist weniger in dem Wunsch nach einem frühen Rückzug aus dem Erwerbsleben zu suchen als vielmehr in einer Kombination von Arbeitsplatzmangel, geringerer Mobilität und unzulänglichen Qualifikationen. Die vergleichbare Quote der Frauen ist im Gegensatz dazu um fast 4 %-Punkte auf 28 % im Jahr 2000 angestiegen. Insgesamt waren im Jahr 2000 38 % der Bevölkerung im Alter von 55 bis 64 Jahren erwerbstätig.

Schlüsselindikator

Beschäftigungsquote älterer Arbeitnehmer (erwerbstätige ältere Arbeitnehmer (im Alter von 55 - 64 Jahren) als Anteil an der gesamten Bevölkerung im Alter von 55 - 64 Jahren), 2000	EU-15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
Insgesamt	37,5	25,0	54,6	37,4	39,0	36,6	29,3	45,1	27,3	27,2	37,9	29,2	51,7	41,2	64,3	50,5
Männer	47,6	35,1	61,9	46,2	55,3	54,8	32,8	63,0	40,3	37,9	49,9	41,4	62,5	41,8	67,0	59,8
Frauen	27,7	15,4	46,2	28,7	24,4	19,9	26,0	27,1	15,2	16,8	25,8	17,8	42,3	40,7	61,7	41,4

Beschäftigte 55-64 Jahre, 2000 (10000)	EU-15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
	16530	247	322	4515	496	1672	1644	149	2044	17	627	291	552	216	663	3076

Quelle: Eurostat – Vergleichsschätzungen auf der Grundlage der Arbeitskräfteerhebung in der Europäischen Union



Arbeitslosigkeit

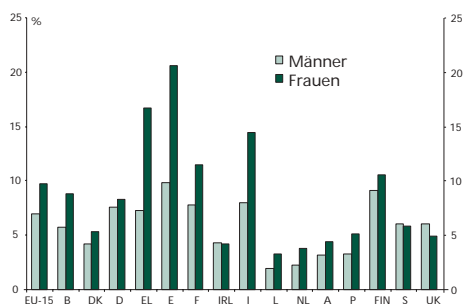
Im Jahr 2000 sank die Gesamtzahl der Arbeitslosen in der Europäischen Union auf 14,2 Millionen. Diese Zahl entspricht einer Arbeitslosenquote von 8,2 %, der niedrigsten Quote seit 1992. Zwischen 1999 und 2000 verzeichneten Belgien, Spanien und Frankreich den größten Rückgang ihrer Arbeitslosenquote, obwohl Spanien nach wie vor die höchste Quote aufweist (14,1%). Die Quote ging in allen Mitgliedstaaten zurück, außer in Luxemburg, wo sie auf dem niedrigen Stand von 2,4 % blieb.

Schlüsselindikator

	EU-15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
Arbeitslosenquote																
2000	8,2	7,0	4,7	7,9	11,1	14,1	9,5	4,2	10,5	2,4	3,0	3,7	4,1	9,8	5,9	5,5
1999	9,1	8,8	5,2	8,6	11,6	15,9	11,2	5,6	11,3	2,4	3,4	4	4,5	10,2	7,2	6,1
1994	11,1	10,0	8,2	8,4	8,9	24,2	12,3	14,3	11,1	3,2	7,1	3,8	6,9	16,6	9,4	9,6
Arbeitslosigkeit (1000), 2000	14193,3	311,3	134,6	3132,5	492,6	2379,9	2455,0	73,6	2465,7	4,5	238,6	142,4	210,7	252,9	264,4	1630,4

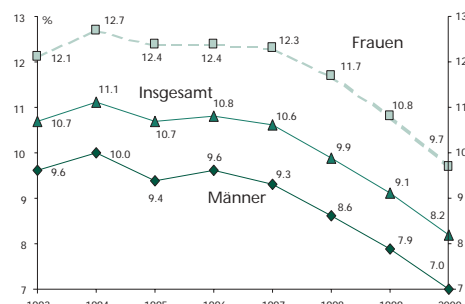
Quelle: Eurostat - Vergleichsschätzungen auf der Grundlage der Arbeitskräfteerhebung in der Europäischen Union.

S.b. 14 Arbeitslosenquote nach Geschlecht, 2000



Quelle: Eurostat - Vergleichsschätzungen auf der Grundlage der Arbeitskräfteerhebung in der Europäischen Union

S.b. 15 Trend der Arbeitslosenquote nach Geschlecht, EU - 15, 1999-2000



Quelle: Eurostat - Vergleichsschätzungen auf der Grundlage der Arbeitskräfteerhebung in der Europäischen Union

Jugendarbeitslosigkeit

In der EU waren im Jahr 2000 7,8 % der jungen Menschen (im Alter von 15 bis 24 Jahren) ohne Beschäftigung. Die Arbeitslosenquote (als Prozentsatz der Erwerbsbevölkerung) der Jugendlichen betrug 16,2 %. Bei diesen beiden Prozentzahlen gibt es deutliche länderspezifische Unterschiede. Während aus dem ersten Wert hervorgeht, dass nur ein relativ geringer Anteil der Jugendlichen ohne Beschäftigung ist, gibt der zweite Aufschluss über die Arbeitsmarktsituation junger Menschen. In den meisten Ländern ist die Jugendarbeitslosigkeit zwischen 1999 und 2000 zurückgegangen, was dem allgemeinen Rückgang der Arbeitslosigkeit entspricht.

Schlüsselindikator

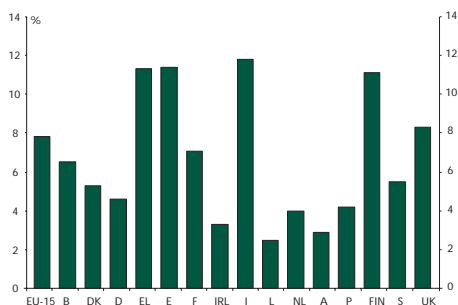
	EU 15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
Quotient Jugendarbeitslosigkeit/Bevölkerung																
2000	7,8	6,5	5,3	4,6	11,3	11,4	7,1	3,3	11,8	2,5	4,0	2,9	4,2	11,1	5,5	8,3
1999	8,6	8,2	7,0	4,7	12,5	12,5	8,6	4,3	12,5	2,4	4,8	3,1	4,3	10,8	6,6	8,7
1994	10,7	8,8	7,8	4,8	10,2	19,4	10,8	10,7	12,6	3,3	7,0	3,5	6,8	15,5	11,7	11,2

Jugendarbeitslosenquote

	EU 15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
2000, Männer und Frauen	16,2	17,7	7,3	9,1	29,6	26,2	20,1	6,5	30,8	7,3	5,6	5,3	8,9	21,4	11,3	12,8
2000, Männer	14,9	15,1	7,0	9,8	22,2	20,6	18,1	6,1	27,2	6,5	4,6	4,8	6,8	21,1	10,7	13,8
2000, Frauen	17,6	20,8	7,5	8,2	37,9	33,2	22,3	7,0	35,1	8,3	6,6	5,8	11,6	21,6	11,9	11,5
1999	17,9	23,7	9,6	9,1	31,3	29,5	24,3	8,4	32,7	7,1	7,2	5,3	9,0	21,4	13,6	13,2
1994	22,0	24,2	11,1	8,8	27,7	45,1	29,2	23,0	32,3	7,3	11,5	5,7	15,0	34,0	22,0	17,0

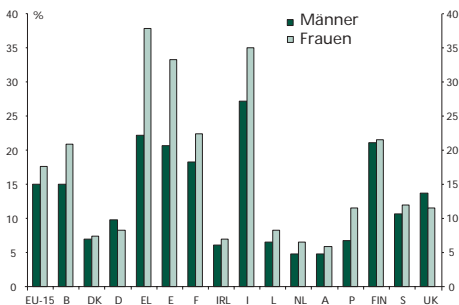
Quelle: Eurostat - Vergleichsschätzungen auf der Grundlage der Arbeitskräfteerhebung in der EU.

S.b. 16 Quotient Jugendarbeitslosigkeit/Bevölkerung (15-24 Jahre), 2000



Quelle: Eurostat - Vergleichsschätzungen auf der Grundlage der Arbeitskräfteerhebung in der Europäischen Union

S.b. 17 Jugendarbeitslosenquote (15-24 Jahre) nach Geschlecht, 2000



Quelle: Eurostat - Vergleichsschätzungen auf der Grundlage der Arbeitskräfteerhebung in der Europäischen Union

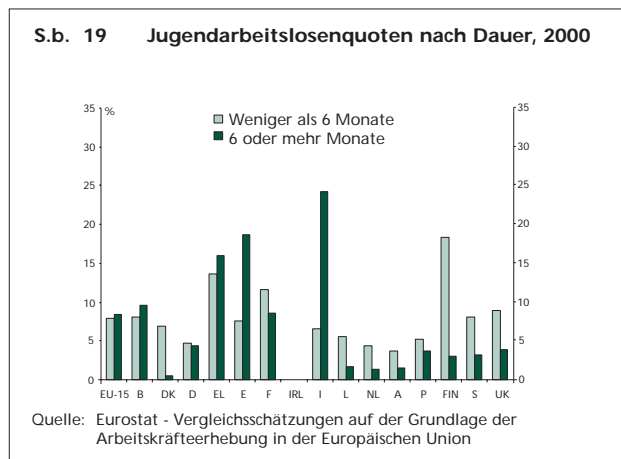
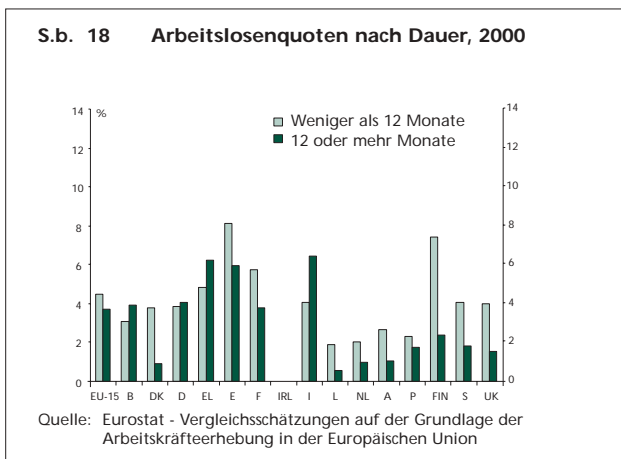
Langzeitarbeitslosigkeit

Im Jahr 2000 waren 3,6 % der Erwerbsbevölkerung in EU-15 von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen. Das bedeutet, dass 44 % der erwerbslosen Personen mindestens ein Jahr lang ohne Arbeit waren. Die Langzeitarbeitslosenquote ist zwar in den letzten Jahren gesunken, liegt aber in Griechenland, Spanien und Italien immer noch bei etwa 6%. In der Altersgruppe 15 bis 24 Jahre waren 8,4 % (als Prozentsatz der Erwerbsbevölkerung) mindestens sechs Monate arbeitslos.

Schlüsselindikator

	EU 15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
Langzeitarbeitslosenquote (12 Monate oder länger)																
2000	3,6	3,8	1,0	:	6,1	5,9	3,7	1,6	6,3	:	0,8	1,0	1,6	2,8	1,7	1,5
1999	4,2	4,9	1,2	4,4	6,5	7,3	4,4	2,6	6,7	0,7	1,2	1,1	1,7	3,0	2,2	1,7
1994	5,2	5,6	2,9	3,8	4,4	12,9	4,7	9,4	6,5	0,9	3,1	0,9	2,6	6,1	2,5	4,2
Anteil der 12 oder mehr Monate arbeitslosen Personen an der Gesamtzahl der Arbeitslosen																
2000	44	54	21	:	55	42	39	38	60	:	27	27	39	29	29	27
1999	46	56	23	51	56	46	39	46	59	29	35	28	38	29	31	28
1994	47	56	35	45	49	53	38	66	59	28	44	24	38	37	27	44
Langzeitarbeitslosigkeit der Jugendlichen (6 Monate oder länger)																
2000	8,4	9,6	0,4	4,4	15,9	18,6	8,5	:	24,2	1,8	1,3	1,6	3,7	3,1	3,2	3,9
1999	9,5	14,0	1,6	4,8	18,5	21,4	8,8	:	25,6	3,1	5,9	1,7	4,8	2,6	3,7	4,3
1994	14,2	16,5	3,6	4,4	19,8	32,7	14,1	17,3	26,5	3,6	9,4	:	6,6	:	:	9,4
Anteil der 6 oder mehr Monate arbeitslosen Jugendlichen an der Gesamtzahl der Arbeitslosen																
2000	51,6	54,2	6,1	48,0	53,9	71,0	42,3	:	78,7	24,2	23,3	29,7	41,9	14,3	27,9	30,2
1999	53,1	59,1	15,9	52,4	72,6	59,2	36,3	:	78,3	:	82,0	31,3	53,7	12,5	27,1	32,3

Quelle: Eurostat – Vergleichsschätzungen auf der Grundlage der Arbeitskräfteerhebung in der Europäischen Union



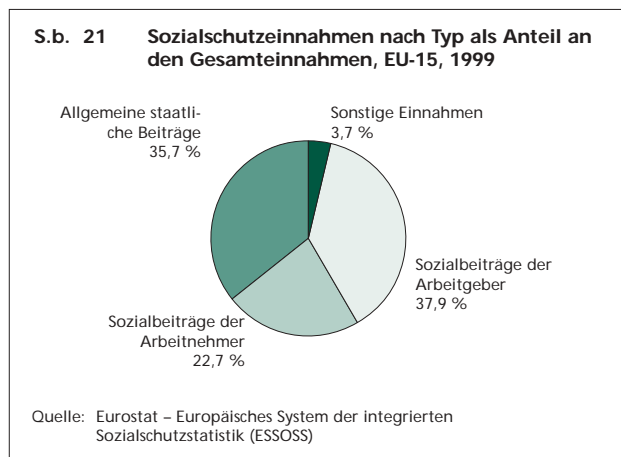
Sozialschutzausgaben

Im Jahr 1999 machten die Sozialschutzausgaben 27,6 % des BIP aus (wie 1998), womit sich der Abwärtstrend dieses Indikators bestätigte, der seit dem 1993 erreichten Höchstwert von 28,8 % festzustellen ist. Verglichen mit den 25,5 % im Jahr 1990 ist dies immer noch ein Fortschritt. Zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten gibt es erhebliche Unterschiede und vor allem ein recht deutliches Nord-Süd-Gefälle. Trotz dieser Unterschiede ist eine Angleichung der Sozialschutzausgaben zu verzeichnen, da die größten Zuwächse in den letzten Jahren in den Ländern mit den niedrigsten Ausgaben beobachtet wurden.

Schlüsselindikator

	EU 15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
Sozialschutzausgaben als Anteil des BIP																
1999	27,6	28,2	29,4	29,6	25,5	20,0	30,3	14,7	25,3	21,9	28,1	28,6	22,9	26,7	32,9	26,9
1993	28,8	29,5	31,9	28,4	22,0	24,0	30,7	20,2	26,4	23,9	33,6	28,9	20,7	34,6	38,6	29,1
1990	25,5	26,4	28,7	25,4	22,9	19,9	27,9	18,4	24,7	22,1	32,5	26,7	15,2	25,1	33,1	23,0

Quelle: Eurostat – Europäisches System der integrierten Sozialschutzstatistik (ESSOSS)



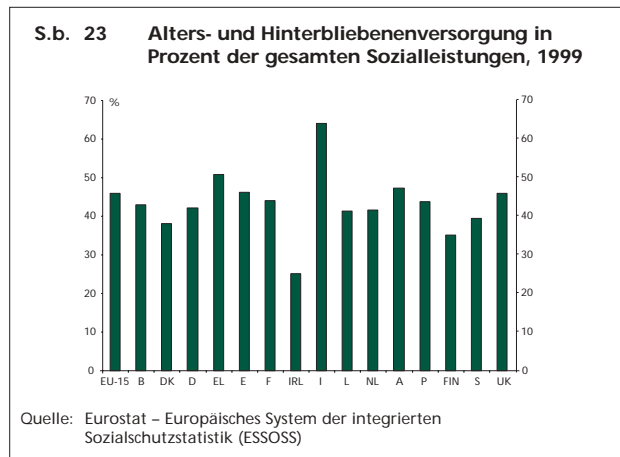
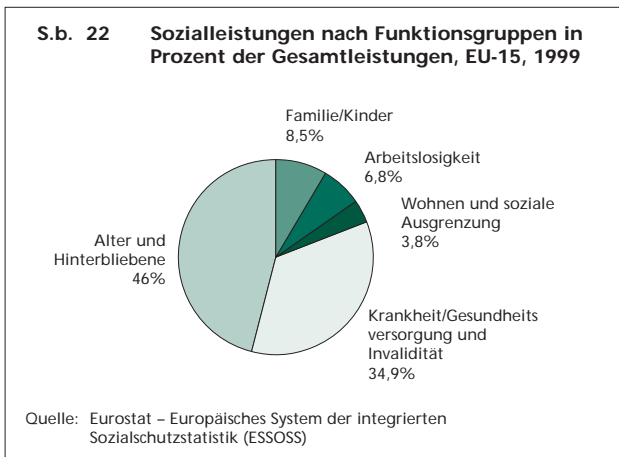
Altersversorgung

Im Jahr 1999 entfiel in den meisten Mitgliedstaaten der größte Teil der Sozialschutzausgaben auf die Alters- und Hinterbliebenenversorgung. Das galt insbesondere für Italien (wo dieser Bereich 64,0 % der Gesamtleistungen gegenüber 46 % im EU-Durchschnitt ausmachte). EU-weit stiegen im Zeitraum 1990 - 1999 die Leistungen im Rahmen der Alters- und Hinterbliebenenversorgung pro Kopf real um 25 % an. Dieser Anstieg ist vor allem durch die Bevölkerungsentwicklung zu erklären. Außerdem wirken sich auch Verrentungsmaßnahmen (insbesondere der Vorruhestand) auf die Entwicklung dieser Leistungen aus.

Schlüsselindikator

	EU 15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
Alters- und Hinterbliebenenversorgung in Prozent der gesamten Sozialleistungen																
1999	46,0	43,0	38,0	42,1	50,7	46,2	44,2	25,2	64,0	41,4	41,5	47,4	43,7	35,1	39,5	46,1
1990	45,9	41,8	36,7	45,8	51,7	42,9	42,7	30,4	57,6	46,7	37,4	50,1	41,9	33,8	:	45,3

Quelle: Eurostat – Europäisches System der integrierten Sozialschutzstatistik (ESSOSS).



Einkommensverteilung und regionaler Zusammenhalt

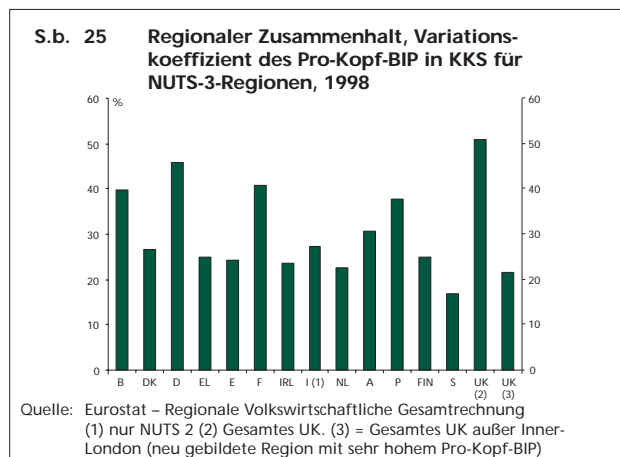
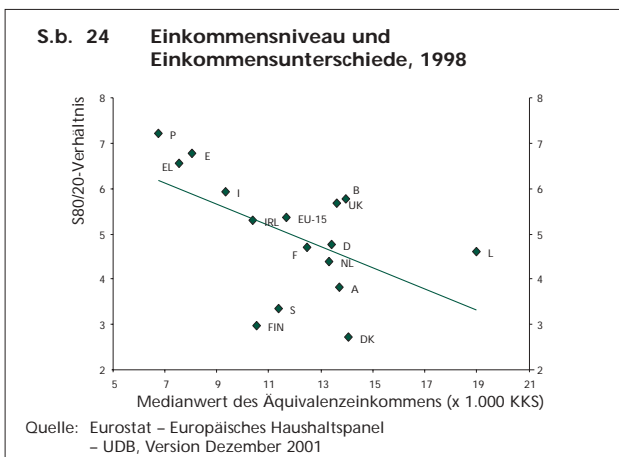
Auf EU-Ebene erzielten 1998 die 20% der Bevölkerung mit dem niedrigsten Einkommen 8 % des Gesamteinkommens, während auf die 20% mit dem höchsten Einkommen 39 % des Gesamteinkommens entfielen, d.h. 5,4-mal so viel. Am kleinsten ist diese Kluft zwischen den "Reichsten" und den "Ärmsten" in Dänemark (2,7), Finnland (3,0, 1997) und Schweden (3,4). Am größten ist sie in den südlichen Mitgliedstaaten, in Belgien, im Vereinigten Königreich und in Irland.

Schlüsselindikator

	EU-15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
Einkommensverteilung (S80/S20-Verhältnis) (1)																
1998	5,4	5,8	2,7	4,8	6,5	6,8	4,7	5,3	5,9	4,6	4,4	3,8	7,2	3,0	3,4	5,7

(1) Das Verhältnis des Anteils der reichsten 20 % der Bevölkerung am nationalen Gesamteinkommen zu dem der ärmsten 20 % .
EU-15 ohne L und FIN. L: Daten für 1996, FIN: Daten für 1997.

Quelle: Eurostat – Europäisches Haushaltspanel, UDB, Version Dezember 2001



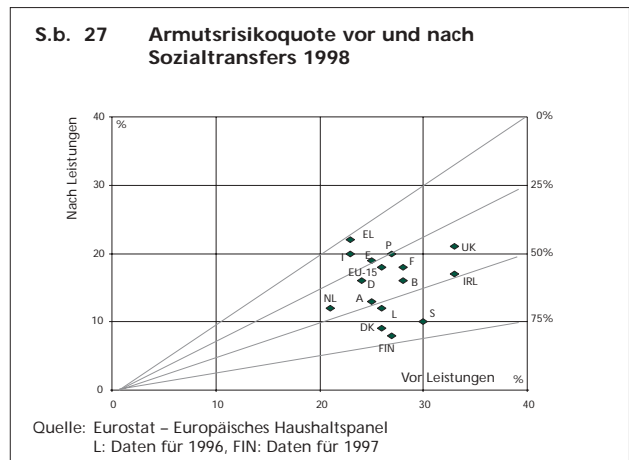
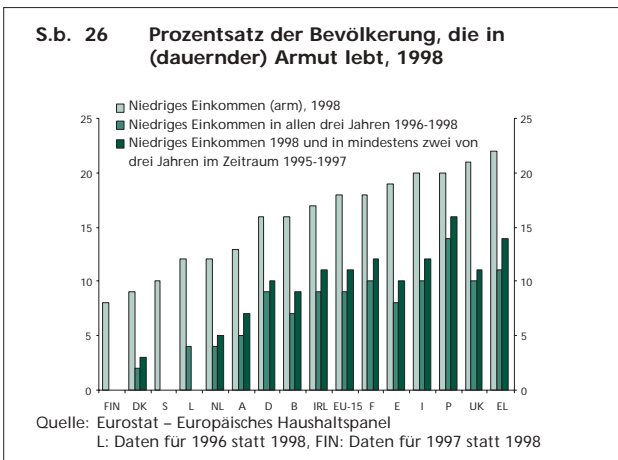
Haushalte mit niedrigem Einkommen

Bei Betrachtung der Gesamtbevölkerung verfügten im Jahr 1998 rund 18 % der EU-Bürger über ein Äquivalenzeinkommen, das weniger als 60 % des nationalen Medianwerts betrug. Dies entspricht etwa 68 Millionen Menschen. Nimmt man 60% des nationalen Medianwerts als Schwellenwert, war der Anteil der von Armut bedrohten Menschen relativ hoch (über 20 %) in Griechenland und dem Vereinigten Königreich, und relativ niedrig in Belgien, Deutschland, Luxemburg (1996), den Niederlanden, Österreich und Schweden (12 bis 16 %). Besonders niedrig war er in Dänemark (9 %) und Finnland (8 %, 1997). Durch die Sozialleistungen verringert sich der Anteil der von Armut bedrohten Menschen in allen Mitgliedstaaten, wenn auch in unterschiedlichem Maße: Der Rückgang reicht von 5 – 15 % in Griechenland und Italien bis zu über 70 % in Finnland, wobei der EU-Durchschnitt bei 31 % liegt.

Schlüsselindikator

Armutsrisikoquote vor und nach Sozialtransfers (Prozentsatz der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze vor und nach Sozialtransfers. Armutsgrenze definiert als 60 % des nationalen Äquivalenzmedianeinkommens (1), 1998)	EU-15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
Vor Sozialleistungen	26	28	26	24	23	25	28	33	23	26	21	25	27	27	30	33
Nach Sozialleistungen	18	16	9	16	22	19	18	17	20	12	12	13	20	8	10	21
Landeswährung (LW)		BEF	DKK	DEM	GRD	ESP	FRF	IEP	ITL	LUF	NLG	ATS	PTE	FMK	SEK	GBP
60% des Medianw. des Jahreseink. (LW)		336484	79620	16820	1159200	654128	52290	4526	9627 (2)	463848	17064	120150	581876	43250	74220	5883
60% des Medianw. des Jahreseink. (KKS)	7 010	8 381	8 443	8 040	4 526	4 838	7 495	6 242	5 591	11 409	8 004	8 224	4 035	6 324	6 834	8 170

EU-15-Schätzwert ohne L und FIN. (1) Renten/Pensionen sind in "vor" und "nach" enthalten. (2) I – Daten in 1000.L: Daten für 1996 statt 1998, FIN: Daten für 1997 statt 1998. Quelle: Eurostat – Europäisches Haushaltspanel – UDB, Version Dezember 2001.



Haushalte ohne Erwerbstätige und niedriges Arbeitsentgelt

Zwei wichtige Ursachen von Armut und sozialer Ausgrenzung sind Arbeitslosigkeit und niedriges Arbeitsentgelt. 1998 betrug die Armutsrisikoquote für Personen in Haushalten, in denen keine Person im erwerbstätigen Alter erwerbstätig ist, 51 % - diese Quote ist etwa 2,3 mal so hoch wie die Quote in Haushalten mit mindestens einem Erwerbstätigen.

Schlüsselindikator

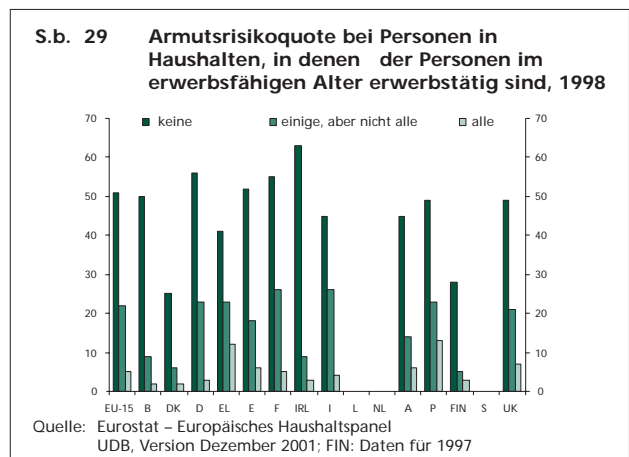
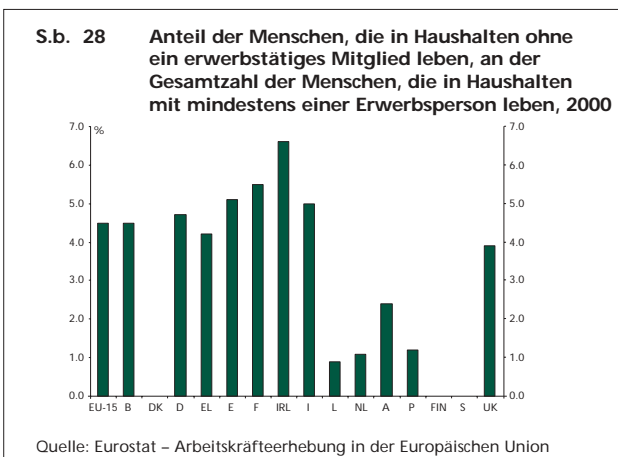
Menschen in Haushalten ohne Erwerbstätige (Anteil der Menschen in Haushalten ohne ein berufstätiges Mitglied an Menschen in Haushalten mit mindestens einer Erwerbsperson) 2000	EU 15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
	4,5	4,5	:	4,7	4,2	5,1	5,5	6,6	5,0	0,9	1,1	2,4	1,2	:	:	3,9

Quelle: Eurostat – Arbeitskräfteerhebung in der Europäischen Union 2000. IRL – Daten für 1997

Armutsrisikoquoten (in %) bei Personen in Haushalten, in denen ... Personen im erwerbsfähigen Alter erwerbstätig sind, 1998

... keine...	51	50	25	56	41	52	55	63	45	:	:	45	49	28	:	49
... einige, aber nicht alle	22	9	6	23	23	18	26	9	26	:	:	14	23	5	:	21
... alle...	5	2	2	3	12	6	5	3	4	:	:	6	13	3	:	7

Quelle: Eurostat – Europäisches Haushaltspanel, UDB, Version Dezember 2001. FIN: Daten für 1997



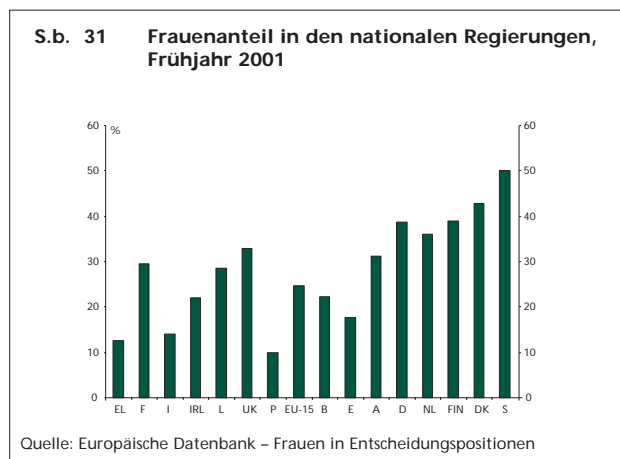
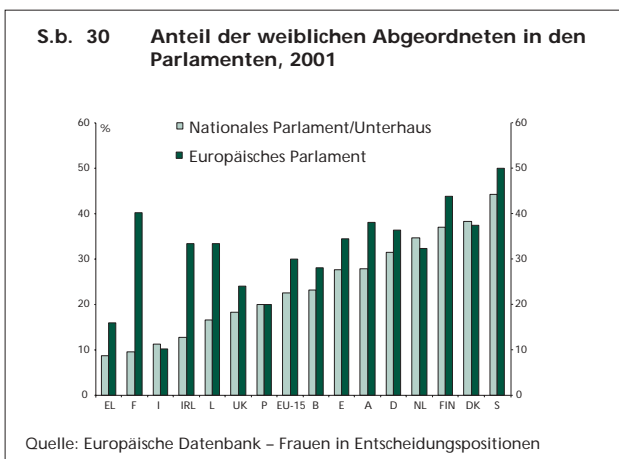
Frauen in Entscheidungspositionen

Auf EU-Ebene hat sich der Anteil von Frauen im Europäischen Parlament seit 1984 bei jeder Wahl stetig erhöht und liegt jetzt bei 30 %. In den nationalen Parlamenten sind die Frauen in allen Mitgliedstaaten nach wie vor unterrepräsentiert, da der Anteil der von Frauen weiblichen Abgeordneten in diesen Gremien von 9 % in Griechenland bis zu 44 % in Schweden reicht.

Schlüsselindikator

	EU 15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
Frauenanteil in nationalen Parlamenten (Anteil der weiblichen Abgeordneten in den nationalen Parlamenten), Frühjahr 2001	23	23	38	32	9	28	10	13	11	17	35	28	20	37	44	18
Anteil der weiblichen Abgeordneten im Europäischen Parlament.	30	28	38	36	16	34	40	33	10	33	32	38	20	44	50	24
Frauenanteil in den nationalen Regierungen, Frühjahr 2001	25	22	43	39	13	18	29	22	14	29	36	31	10	39	50	33

Quelle: Europäische Datenbank – Frauen in Entscheidungspositionen



Beschäftigungssituation von Frauen

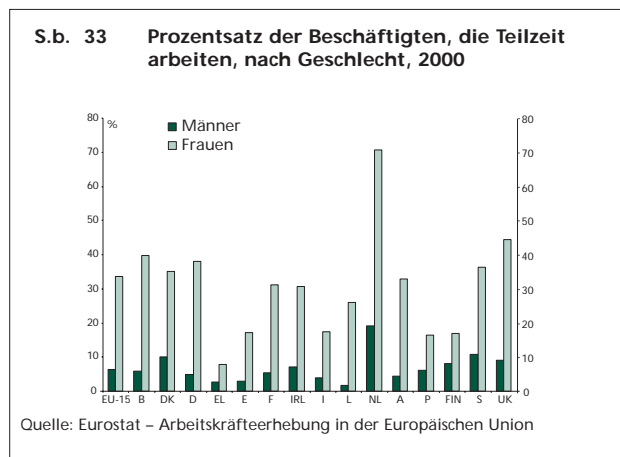
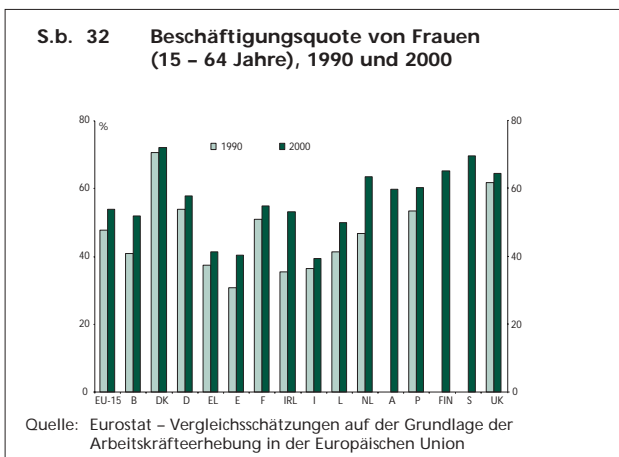
Zwischen 1995 und 2000 ist die Beschäftigungsquote der Männer in der EU um mehr als 2 % gestiegen. Im gleichen Zeitraum stieg die Quote der Frauen um 4 % an, wodurch sich die Kluft zwischen den Geschlechtern verringerte. Dennoch liegt die Quote der Männer (72,5%) immer noch beträchtlich über der der Frauen (54 %). Die höchste Quote der Frauen ist in den drei nordischen Ländern, im Vereinigten Königreich und in den Niederlanden zu verzeichnen.

Schlüsselindikator

	EU 15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
Beschäftigungsquote (15 – 64 Jahre), 2000																
Frauen	54,0	51,5	71,6	57,1*	41,2	40,3	55,1	54,1	39,6	48,6*	63,6	59,5	60,3	64,3	69,3	64,8
Männer	72,5	69,5	80,8	72,4*	71,1	69,7	69,1	76,2	67,9	74,5*	82,1	76,9	76,5	70,2	72,3	78,1

D, L: Daten für 1999

Quelle: Eurostat – Vergleichsschätzungen auf der Grundlage der Arbeitskräfteerhebung in der Europäischen Union.



Arbeitseinkommen von Männern und Frauen

Im Jahr 1998 lag der durchschnittliche Bruttostundenverdienst der Frauen um schätzungsweise 16 % unter dem der Männer. Am geringsten sind die Unterschiede in Portugal, Belgien, Italien und Dänemark. Die Kluft verringert sich allmählich, wenn auch nur langsam. Die Diskrepanz kann teilweise erklärt werden – wahrscheinlich gibt es bei der Bezahlung nach wie vor eine gewisse "reine" geschlechtsspezifische Diskriminierung.

Schlüsselindikator

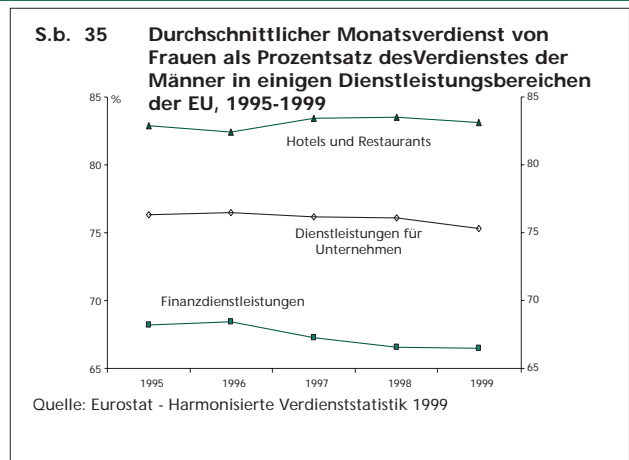
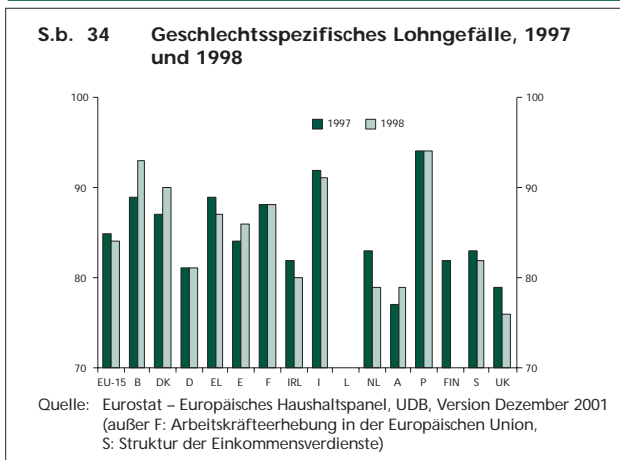
	EU 15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
Geschlechtsspezifisches Lohngefälle (durchschnittlicher Bruttostundenverdienst der Frauen als Prozentsatz des durchschnittlichen Bruttostundenverdiensts der Männer) Die Gruppe umfasst alle Arbeitnehmer im Alter zwischen 16 und 64 Jahren, die pro Woche 15 Stunden oder mehr bezahlte Arbeit leisten.)																
1998	84	93	90	81	87	86	88	80	91	:	79	79	94	:	82	76
1997	85	89	87	81	89	84	88	82	92	:	83	77	94	82	83	79
1996	84	89	85	79	85	87	87	81	91	83	81	80	94	83	83	75
1995	83	88	85	79	83	86	87	81	92	82	79	78	95	:	85	74
1994	83	87	89	79	87	90	87	81	92	83	77	:	90	:	84	72

Quelle: Eurostat – Europäisches Haushaltspanel, UDB, Version Dezember 2001 (außer F: Arbeitskräfteerhebung in der Europäischen Union, S: Struktur der Einkommensverdienste)

Durchschnittlicher Monatsverdienst von Frauen als Prozentsatz des Verdiensts der Männer in einigen Dienstleistungsbereichen in der EU

	1995	1996	1997	1998	1999
Finanzdienstleistungen	68,2	68,4	67,3	66,6	66,5
Hotels und Restaurants	82,9	82,4	83,4	83,5	83,1
Dienstleistungen für Unternehmer	75,4	76,2	75,1	75,6	75,5

Quellen: Eurostat - 1) Harmonisierte Verdienstatistik 1999, 2) Statistik zur Verdienstruktur 1995. Die Datenerfassung innerhalb der Dienstleistungsbereiche ist von Land zu Land verschieden.



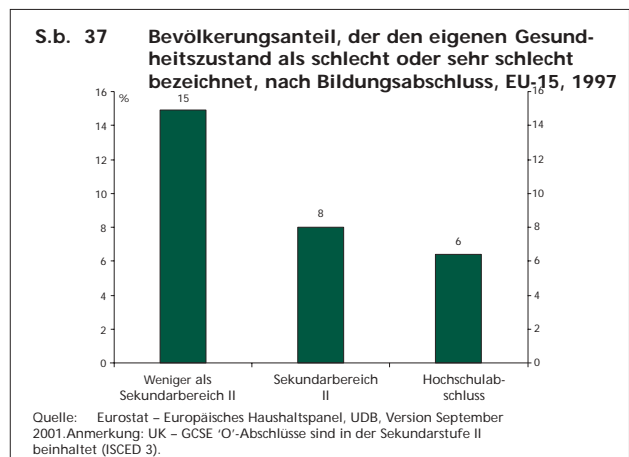
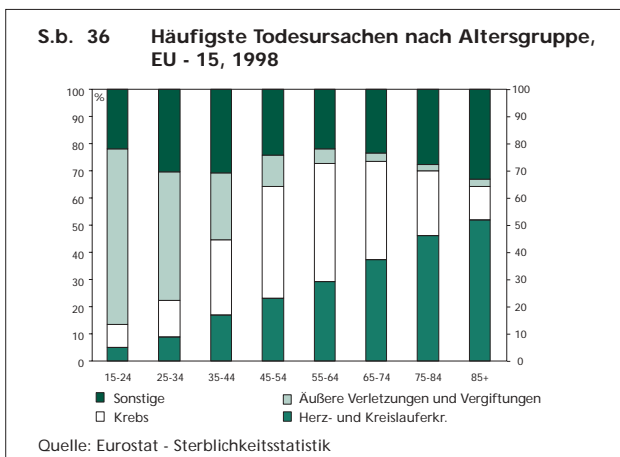
Lebenserwartung und Gesundheitsaussichten

Die Lebenserwartung steigt weiter und liegt jetzt bei 81 Jahren für Frauen und 75 Jahren für Männer. In allen Mitgliedstaaten leben Frauen länger als Männer. EU-weit leben Frauen im Durchschnitt 66 und Männer 63 Jahre ohne jede Behinderung.

Schlüsselindikator

	EU-15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
Lebenserwartung bei der Geburt, 1999																
Männer	74,6	74,3	74,0	74,5	75,5	75,3	74,9	73,5	75,5	73,7	75,2	74,4	71,7	73,7	77,1	74,8
Frauen	80,9	80,5	78,8	80,6	80,6	82,5	82,3	79,1	81,8	80,5	80,5	80,9	78,9	81,0	81,9	79,7
Behinderungsfreie Lebenserwartung (bei der Geburt), 1996																
Männer	63	65	62	63	67	65	60	64	67	61	63	62	59	56	:	61
Frauen	66	69	62	69	70	68	63	67	70	64	63	66	61	59	:	62

Quelle: Eurostat – Sterblichkeitsstatistik und Europäisches Haushaltspanel.



Unfälle und arbeitsbedingte gesundheitliche Probleme

Im Jahr 1998 erlitten rund 4,1 % der Arbeitskräfte in der EU einen Arbeitsunfall, der eine Arbeitsunfähigkeit von mehr als drei Tagen nach sich zog. Wenn man Fälle, bei denen es zu keiner Arbeitsunfähigkeit bzw. einer Arbeitsunfähigkeit von bis zu drei Tagen kam, hinzurechnet, waren es 6,4 %. Seit 1994 ist die Zahl der Arbeitsunfälle mit mehr als drei Tagen Arbeitsunfähigkeit um 10 % zurückgegangen (Index 1998 = 90, wobei 1994 = 100). 1998/1999 litten 5,4 % der Arbeitnehmer pro Jahr unter arbeitsbedingten gesundheitlichen Problemen. Ca. 500 Millionen Arbeitstage gehen jedes Jahr durch Arbeitsunfälle (150 Millionen Tage) und mit arbeitsbedingte gesundheitliche Probleme (350 Millionen Tage) verloren. Die Zahl der Verkehrstoten ist seit 1970 zwar um 44 % zurückgegangen, aber dennoch fanden im Jahr 2000 immer noch über 40.000 Menschen den Tod auf den Straßen der EU.

Schlüsselindikator

	EU-15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
Qualität der Arbeit (schwere Arbeitsunfälle) Inzidenz (Fallzahl pro 100.000 Beschäftigte)																
Berücksichtigt wurden nur Arbeitsunfälle, die zu mehr als drei Tagen Arbeitsunfähigkeit führten, 1998 – Index 1994 = 100 (1)																
Gesamt	90	116	121	89	79	115	89	96	88	105	91	93	93	88	118	79
18-24 Jahre	74	137	111	97	64	118	97	100	94	110	96	115	:	94	111	74
45-54 Jahre	97	132	130	98	78	111	88	90	82	107	92	92	:	95	108	73

(1) Außer IRL und A : 1996 = 100.

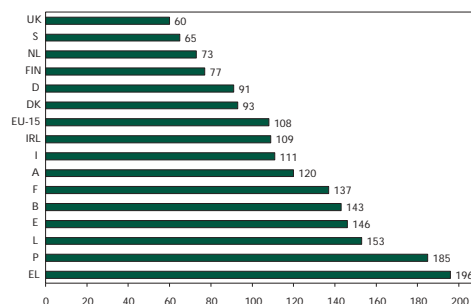
Quelle: Eurostat – Europäische Arbeitsunfallstatistik (ESAW).

S.b. 38 Arbeitsunfälle nach Art der Tätigkeit, EU-15, 1998



Quelle: Eurostat – Europäische Arbeitsunfallstatistik (ESAW)

S.b. 39 Anzahl der Verkehrstoten pro Million Einwohner, 2000



Quelle: Eurostat – Verkehrsstatistik.
EL, IRL, I und L: Schätzwerte auf der Grundlage nationaler Quellen

Soziale Schlüsselindikatoren je Mitgliedstaat

Nr.	Indikator	Rechen-einheit	Jahre	EU-15	B	DK	D	EL	E	F	IRL	I	L	NL	A	P	FIN	S	UK
3	Altersbelastungsquotient	%je 1000 Einwohner	2000	24	26	22	24	26	25	24	17	27	21	20	23	23	22	27	24
4	Nettozuwanderungsrate		2000	2,0	1,6	1,8	2,5	2,1	1,0	0,8	5,3	2,0	10,9	2,8	2,4	1,0	0,7	1,5	2,8
5	Schulabbrecher die nicht an einer Weiterbildungs- oder Berufsbildungsmaßnahme teilnehmen%		2000	20*	12	12	15	17	28	13	19°	29	17	17	11°	43	10	8	:
6	Lebenslanges Lernen (Teilnahme von Erwachsenen an beruflichen Bildung) Maßnahmen der allgemeinen oder	%	2000	8	7	21	5	1	5	3°	5°	5	5	16	8°	3°	20	22	21
7	Beschäftigungsquote	%	2000	63,2	60,5	76,3	64,8°	55,7	54,8	62,0	65,2	53,7	61,7°	72,9	68,2	68,3	67,3	70,8	71,5
8	Beschäftigungsquote älterer Arbeitnehmer%	%	2000	37,5	25,0	54,6	37,4	39,0	36,6	29,3	45,1	27,3	27,2	37,9	29,2	51,7	41,2	64,3	50,5
9	Arbeitslosenquote	%	2000	8,2	7,0	4,7	7,9	11,1	14,1	9,5	4,2	10,5	2,4	3,0	3,7	4,1	9,8	5,9	5,5
10	Quotient Jugendarbeitslosigkeit/ Bevölkerung	%	2000	7,8	6,5	5,3	4,6	11,3	11,4	7,1	3,3	11,8	2,5	4,0	2,9	4,2	11,1	5,5	8,3
11	Langzeitarbeitslosenquote	%	2000	3,6	3,8	1,0	4,4	6,1	5,9	3,7	1,6	6,3	0,7	0,8	1,0	1,6	2,8	1,7	1,5
12	Sozialschutzausgaben als Anteil des BIP	%	1999	27,6	28,2	29,4	29,6	25,5	20,0	30,3	14,7	25,3	21,9	28,1	28,6	22,9	26,7	32,9	26,9
13	Alters- und Hinterbliebenenversorgung in Prozent der gesamten Sozialleistungen	%	1999	46,0	43,0	38,0	42,1	50,7	46,2	44,2	25,2	64,0	41,4	41,5	47,4	43,7	35,1	39,5	46,1
14	Einkommensverteilung (S80/S20-Verhältnis)	Quotient	1998	5,4	5,8	2,7	4,8	6,5	6,8	4,7	5,3	5,9	4,6	4,4	3,8	7,2	3,0	3,4	5,7
15a	Armutsrisikoquote vor Sozialtransfers	%	1998	26	28	26	24	23	25	28	33	23	26	21	25	27	37	30	33
15b	Armutsrisikoquote nach Sozialtransfers	%	1998	18	16	9	16	22	19	18	17	20	12	12	13	20	8	10	21
16	Menschen in Haushalten ohne Erwerbstätige	%	2000	4,5	4,5	:	4,7	4,2	5,1	5,5	6,6	5,0	0,9	1,1	2,4	1,2	:	:	3,9
17	Frauenanteil in nationalen Parlamenten	%	2001	23	23	38	32	9	28	10	13	11	17	35	28	20	37	44	18
18	Beschäftigungsquote von Frauen	%	2000	54,0	51,5	71,6	57,1°	41,2	40,3	55,1	54,1	39,6	48,6°	63,6	59,5	60,3	64,3	69,3	64,8
19	Geschlechtsspezifisches Lohngefälle	%	1998	84	93	90	81	87	86	88	80	91	83°	79	79	94	82°	82	75
20a	Lebenserwartung bei der Geburt - Männer	Jahre	1999	74,6	74,3	74,0	74,5	75,5	75,3	74,9	73,5	75,5	73,7	75,2	74,4	71,7	73,7	77,1	74,8
20b	Lebenserwartung bei der Geburt - Frauen	Jahre	1999	80,9	80,5	78,8	80,6	80,6	82,5	82,3	79,1	81,8	80,5	80,5	80,9	78,9	81,0	81,9	79,7
20c	Behinderungsfreie Lebenserwartung (bei der Geburt) - Männer	Jahre	1996	63	65	62	63	67	65	60	64	67	61	63	62	59	56	:	61
20d	Behinderungsfreie Lebenserwartung (bei der Geburt) - Frauen	Jahre	1996	66	69	62	69	70	68	63	67	70	64	63	66	61	59	:	62
21	Qualität der Arbeit (schwere Arbeitsunfälle)	Indexpunkte (1994 = 100)	1998	90	116	121	89	79	115	89	96°	88	105	91	93°	93	88	118	79

* = siehe Kommentare in der entsprechenden Darstellung. Die Zahlenangabe kann aus einem anderen Jahr stammen oder auf andere Weise eingeschränkt sein.

Anmerkungen zu den einzelnen Schlüsselindikatoren:

- 3 Im Jahr 2000 machte die Bevölkerung im Alter von 65 Jahren und darüber EU-weit 24 % der Gruppe aus, die als Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter bezeichnet wird (die 15- bis 64-Jährigen)
- 4 Die Nettozuwanderungsquote lag in der Union im Jahr 2000 bei 2,0 je 1000 Einwohner.
- 5 Im Jahr 2000 wiesen 20 % der 18 - 24-Jährigen beim Ausscheiden aus den Bildungssystemen keine Qualifikation auf, die über die Sekundarbereich I hinausgeht.
- 6 EU-weit nahmen im Jahr 2000 8 % der Altersgruppe 25 - 64 an Bildungs-/Ausbildungsmaßnahmen teil (in den vor dem Stichtag vier Wochen)
- 7 2000 standen 63,2 % der EU-Bevölkerung zwischen 15 und 64 in einem Beschäftigungsverhältnis
- 8 2000 standen 37,5 % der EU-Bevölkerung zwischen 55 und 64 in einem Beschäftigungsverhältnis
- 9 2000 waren 8,2 % der Erwerbsbevölkerung in der EU (Beschäftigte und Arbeitssuchende) arbeitslos.
- 10 2000 waren 7,8 % der EU-Bevölkerung zwischen 15 und 24 arbeitslos.
- 11 2000 waren 3,6 % der Erwerbsbevölkerung in der EU (Beschäftigte und Arbeitssuchende) mindestens ein Jahr arbeitslos.
- 12 1999 lag der Anteil der Sozialschutzausgaben am Bruttoinlandsprodukt (BIP) bei 27,6 %.
- 13 EU-weit machen die Leistungen für Altersversorgung und Hinterbliebene den größten Anteil an den Sozialschutzausgaben (46,0 % der Gesamtleistungen im Jahr 1999) aus.
- 14 1998 erhielten die ärmsten 20 % der Bevölkerung nur 8 % des Gesamteinkommens, die reichsten 20% hingegen 39 %, d.h. 5,4-mal so viel.
- 15a EU-weit hätten im Jahr 1998 26 % der Bevölkerung ohne Transfer von Sozialleistungen unterhalb der Armutsgrenze gelebt.
- 15b EU-weit lebten im Jahr 1998 18 % der Bevölkerung nach dem Transfer von Sozialleistungen unterhalb der Armutsgrenze.
- 16 2000 lebten 4,5 % der Menschen, die in Haushalten mit wenigstens einer Erwerbsperson lebten, in Haushalten ohne ein berufstätiges Mitglied.
- 17 EU-weit waren im Jahr 2001 23 % der Abgeordneten in den nationalen Parlamenten (Unterhaus) Frauen.
- 18 2000 standen 54,0% der weiblichen Bevölkerung zwischen 15 und 64 Jahren in einem Beschäftigungsverhältnis.
- 19 1998 lagen die durchschnittlichen Bruttostundenlöhne der Frauen bei 84 % der Löhne der Männer. Die Population umfasst alle Arbeitnehmer zwischen 16 und 64 Jahren, die pro Woche 15 Stunden und mehr bezahlte Arbeit leisten.
- 20a Die durchschnittliche Lebenserwartung bei Männern bei der Geburt lag 1999 in der EU bei 74,6 Jahren.
- 20b Die durchschnittliche Lebenserwartung bei Frauen bei der Geburt lag 1999 in der EU bei 80,9 Jahren.
- 20c Männer sollten in der EU im Schnitt ohne Behinderung 63 Jahre alt werden (Daten von 1996).
- 20d Frauen sollten in der EU im Schnitt ohne Behinderung 66 Jahre alt werden (Daten von 1996).
- 21 1998 ereigneten sich EU-weit 10 % (100-10 = 90) weniger Arbeitsunfälle (die eine Arbeitsunfähigkeit von drei Tagen oder mehr zur Folge hatten) pro 100000 Beschäftigte als 1994.

Eurostat Data Shops

Belgique/ België

Eurostat Data Shop Bruxelles/Brussel
Planistat Belgique
 Rue du Commerce 124
 Handelsstraat 124
 B-1000 Bruxelles/Brussel
 Tel. (32-2) 234 67 50
 Fax (32-2) 234 67 51
 E-mail: datashop@planistat.be
<http://www.datashop.org/>

Sprachen:
 ES, DE, EN, FR

France

INSEE Info service
Eurostat Data Shop
 195, rue de Bercy
 Tour Gamma A
 F-75582 Paris Cedex 12
 Tel. (33) 1 53 17 88 44
 Fax (33) 1 53 17 88 22
 E-mail: datashop@insee.fr
 Mitglied des MIDAS-Netzes

Sprachen:
 FR

Danmark

DANMARKS STATISTIK
Bibliotek og Information
Eurostat Data Shop
 Sejrøgade 11
 DK-2100 København Ø
 Tlf. (45) 39 17 30 30
 Fax (45) 39 17 30 03
 E-mail: bib@dst.dk
<http://www.dst.dk/bibliotek>

Sprachen:
 DA, EN

Italia - Roma

ISTAT
Centro di informazione statistica
— Sede di Roma
Eurostat Data Shop
 Via Cesare Balbo, 11a
 I-00184 Roma
 Tel. (39) 06 46 73 31 02/06
 Fax (39) 06 46 73 31 01/07
 E-mail: dipdiff@istat.it
 Mitglied des MIDAS-Netzes

Sprachen:
 IT

Deutschland

Statistisches Bundesamt
Eurostat Data Shop Berlin
 Otto-Braun-Straße 70-72
 (Eingang: Karl-Marx-Allee)
 D-10178 Berlin
 Tel. (49) 1888-644 94 27/28
 Fax (49) 1888-644 94 30
 E-Mail: datashop@destatis.de
<http://www.eu-datashop.de/>

Sprachen:
 DE, EN

Italia - Milano

ISTAT
Ufficio regionale per la Lombardia
Eurostat Data Shop
 Via Fieno, 3
 I-20123 Milano
 Tel. (39) 02 80 61 32 460
 Fax (39) 02 80 61 32 304
 E-mail: mileuro@tin.it
 Mitglied des MIDAS-Netzes

Sprachen:
 IT

España

INE
Eurostat Data Shop
 Paseo de la Castellana, 183
 Oficina 011
 Entrada por Estébanez Calderón
 E-28046 Madrid
 Tel. (34) 91 583 91 67
 Fax (34) 91 579 71 20
 E-mail: datashop.eurostat@ine.es
<http://www.datashop.org/>
 Mitglied des MIDAS-Netzes

Sprachen:
 ES, EN, FR

Luxembourg

Eurostat Data Shop Luxembourg
 BP 453
 L-2014 Luxembourg
 4, rue Alphonse Weicker
 L-2721 Luxembourg
 Tél. (352) 43 35-2251
 Fax (352) 43 35-2221
 E-mail: dslux@eurostat.datashop.lu
<http://www.datashop.org/>
 Mitglied des MIDAS-Netzes

Sprachen:
 ES, DE, EN, FR, IT

Nederland	<p>STATISTICS NETHERLANDS Eurostat Data Shop — Voorburg Postbus 4000 2270 JM Voorburg Nederland Tel. (31-70) 337 49 00 Fax (31-70) 337 59 84 E-mail: datashop@cbs.nl</p> <p>Sprachen: EN, NL</p>	United Kingdom	<p>Eurostat Data Shop Office for National Statistics Room 1.015 Cardiff Road Newport South Wales NP10 8XG UK Tel: (44) 1633 813369 Fax: (44) 1633 813333 E-mail: eurostat.datashop@ons.gov.uk</p> <p>Sprachen: EN</p>
Portugal	<p>Eurostat Data Shop Lisboa INE/Serviço de Difusão Av. António José de Almeida, 2 P-1000-043 Lisboa Tel. (351) 21 842 61 00 Fax (351) 21 842 63 64 E-mail: data.shop@ine.pt</p> <p>Sprachen: EN, FR, PT</p>	Norge	<p>Statistics Norway Library and Information Centre Eurostat Data Shop Kongens gate 6 Boks 8131 Dep. N-0033 Oslo Tel. (47) 21 09 46 42/43 Fax (47) 21 09 45 04 E-mail: Datashop@ssb.no</p> <p>Sprachen: EN, NO</p>
Suomi/Finland	<p>STATISTICS FINLAND Eurostat DataShop Helsinki Tilastokirjasto PL 2B FIN-00022 Tilastokeskus Työpajakatu 13 B, 2. kerros, Helsinki P. (358-9) 17 34 22 21 F. (358-9) 17 34 22 79 Sähköposti: datashop@stat.fi http://tilastokeskus.fi/tk/kk/datashop/</p> <p>Sprachen: EN, FI, SV</p>	Schweiz/ Suisse/ Svizzera	<p>Statistisches Amt des Kantons Zürich Eurostat Data Shop Bleicherweg 5 CH-8090 Zürich Tel. (41-1) 225 12 12 Fax (41-1) 225 12 99 E-mail: datashop@statistik.zh.ch http://www.statistik.zh.ch</p> <p>Sprachen: DE, EN</p>
Sverige	<p>STATISTICS SWEDEN Information service Eurostat Data Shop Karlavägen 100 Box 24 300 S-104 51 Stockholm Tfn (46-8) 50 69 48 01 Fax (46-8) 50 69 48 99 E-post: infoservice@scb.se http://www.scb.se/info/datashop/eudatashop.asp</p> <p>Sprachen: EN, SV</p>	USA	<p>HAVER ANALYTICS Eurostat Data Shop 60 East 42nd Street Suite 3310 New York, NY 10165 Tel. (1-212) 986 93 00 Fax (1-212) 986 69 81 E-mail: eurodata@haver.com</p> <p>Sprachen: EN</p>

Die Eurostat-Homepage
www.europa.eu.int/comm/eurostat/
 enthält eine aktualisierte Liste der
Eurostat Data Shops